

## 335. Sitzungsprotokoll

Termin	Montag, 19. März 2012, 19.30 Uhr
Ort	Bärenplatz 2, Worb, Gemeindesaal
Vorsitz	Stauffer Heinz (SVP), Präsident
1. Vizepräsidentin	Kühn-Blank Christa (parteilos; Sitz Grüne)
2. Vizepräsident	---
1. Stimmzählerin	Raymann-Ochsenbein Brigit (SP)
2. Stimmzähler	Wälti Martin (SVP)
Mitglieder	Seematter Adolf (EDU)
	Cetin Mayk (EVP)
	Leiser Thomas (EVP)
	Suter Harry (EVP)
	Zimmermann Lukas (EVP)
	Blumer Jacques (FDP)
	Emch Ulrich (FDP)
	Jörg Peter (parteilos; Sitz FDP)
	Kämpfer Erwin (FDP)
	Maccaferri-Iseli Barbara (FDP)
	Masciadri Monica (FDP)
	Messerli Gregor (FDP)
	Würgler Walter (FDP)
	Rebsamen-Wenger Barbara (Grüne)
	Seiler Philippe (Grüne)
	von Arx Roland (Grüne)
	Bernhard Niklaus (SVP)
	Bernhard Therese (SVP)
	Gambon Albert (SVP)
	Gerber Paul (SVP)
	Gfeller Paul (SVP)
	Wermuth Bruno (SVP)
	Büchel-Wampfler Sandra (SP)
	Burkhalter-Huber Regula (SP)
	Fröhlich-Zysset Binia (SP)
	Fröhlich Viktor (SP)
	Le Fort Geneviève (SP)

Moser Christoph (SP)  
Ramseier-Doevendans Anneke (SP)  
Zeh Weissmann Heiko (SP)

Abwesend Federer Guido (SP)  
Hirsbrunner Bruno (SVP)  
Jorio Nicola (GLP)  
Lädrach Markus (FDP)  
Schwarzenbach Jürg (FDP)  
Zimmermann-Oswald Mirja (EVP)

Gemeinderat Gfeller Niklaus, Gemeindepräsident  
Gimmel Jonathan  
Hauser Ernst  
Hubacher Peter  
Kaufmann Jürg  
Lanfranconi Guy  
Stoll Hanspeter

Abteilungsleiter Jenzer Fritz, Leiter der Finanzabteilung  
Reusser Christian, Gemeindeschreiber  
Stöckli Rolf, Leiter der Bauabteilung  
Zaugg Werner, Leiter der Sozialdienste

Delegation Jugendrat Jörg Simone, Sekretärin  
Rasch Sabrina, Co-Jugendratspräsidentin

Sekretär Wälti Thomas, Gemeindeschreiber-Stellvertreter

Protokollführerin Gfeller Monika, Sekretärin Präsidialabteilung

## Geschäfte

1. Mitteilungen
2. Protokoll der Sitzung vom 6. Februar 2012: Genehmigung
3. Aufsichtskommission: Ersatzwahl
4. Geschäftsprüfungskommission: Ersatzwahl
5. Prüfaufträge des GGR an die Aufsichtskommission (ASK) der Gemeinde Worb; Ergebnisse: Kenntnisnahme
6. Ortsplanungsrevision; Neustart: Kreditbewilligung
7. Parlamentarische Vorstösse:
  - 7.1 Postulat der SP-Fraktion betreffend Stopp dem Schleichverkehr
  - 7.2 Interpellation der Grüne-Fraktion betreffend Massnahmen zur Erhöhung der Sicherheit für Fussgänger/innen und Velofahrer/innen auf den Strassen der Gemeinde Worb
  - 7.3 Interpellation der FDP-Fraktion betreffend Information des GGR über Tätigkeiten der Regionalkonferenz Bern-Mittelland
  - 7.4 Interpellation der EVP-Fraktion betreffend Sanierung von gemeindeeigenen Liegenschaften
  - 7.5 Einfache Anfrage der EVP-Fraktion betreffend Familienzentrum
  - 7.6 Einfache Anfrage der SP-Fraktion betreffend Auswirkungen der neuen FILAG (Finanzlastenausgleich) auf Worb
  - 7.7 Einfache Anfrage der SP-Fraktion betreffend Schliessung diverser Geschäfte und Wegzug von Unternehmen
  - 7.8 Einfache Anfrage der FDP-Fraktion betreffend Auf dem Weg zur Schlafgemeinde?
  - 7.9 Neueingänge

Lanfranconi Guy, Vizepräsident FDP: Es war ihr ein Anliegen mit Stil zu politisieren. Das Anliegen von Maja Widmer-Trimaglio. Sie hat erklärt was es heisst, mit Stil zu politisieren. Und zwar: Ein respektvoller Umgang vor dem anders Denkenden, eine sorgfältige Wortwahl und keine Beleidigungen. Als höchste Worberin hat dies Maja im Jahr 2010 hier im Worber Parlament erklärt. Sie hat es nicht nur erklärt, sondern auch vorgelebt. Als Arbeitstier mit einer schier unversiegbaren Energie hat sie sich in ganz verschiedenen Projekten für die Allgemeinheit engagiert. Selbstlos, der Sache verpflichtet, ehrenamtlich und mit Stil. Noch im November 2011 hat die schier unversiegbare Energie ihre volle Wirkung gehabt. Und dann erhielt sie die schreckliche Diagnose: Krebs. Jede Anstrengung gegen diese bösartige Krankheit anzukämpfen hat nichts gebracht. Am 27. Februar 2012 ist unsere liebe Maja gestorben. Unsere Trauer ist gross und unsere Gedanken sind bei der Familie Widmer. Ich persönlich bin sehr betrübt. Als Vizepräsident der FDP habe ich mit Maja über Jahre eine enge und ausgezeichnete Zusammenarbeit erlebt. Nicht weil wir immer gleicher Meinung waren, sondern weil wir herrlich streiten konnten. Sachlich, mit Humor und eben mit Stil. Liebe Maja, du fehlst mir, du fehlst der FDP, du fehlst Worb. Ich und wir alle werden dich nie vergessen. Die FDP und ich bitten euch, Maja ein ehrendes Andenken zu wahren.

Ratspräsident Stauffer Heinz: Am 28. Februar 2012 hat uns die Hiobsbotschaft erreicht, dass Maja Widmer-Trimaglio verstorben ist. Maja Widmer-Trimaglio war nicht einfach nur eine Parlamentarierin, nein sie war eine sehr engagierte Person. Hart in der Sache, aber immer fair. Ich persönlich durfte mit ihr im Büro des Grossen Gemeinderates und in der GPK zusammenarbeiten. Im Jahr 2010 durfte sie das Präsidium des Parlamentes führen, welches sie mit grossem Engagement geführt hat. Maja Widmer-Trimaglio war während mehr als elf Jahren Mitglied des Grossen Gemeinderates. Ich habe Maja als impulsive, beharrliche und doch liebenswerte Frau kennengelernt. Wenn sie persönlich angegriffen wurde, dann hat sie sehr sensibel darauf reagiert. Ich möchte mich bei Maja ganz herzlich für ihre geleistete Arbeit bedanken. Den Hinterbliebenen möchte ich mein Beileid ausdrücken. Liebe Anwesende, ich bitte euch in Gedenken an Maja Widmer-Trimaglio aufzustehen.

Ratspräsident Stauffer Heinz: Ein besonderer Willkommensgruss gilt dem neuen Ratsmitglied, Monica Masciadri. Ich wünsche dir viel Erfolg und alles Gute.

## Traktandenliste

### Feststellung:

Die Traktandenliste bleibt unbestritten.

Ratspräsident Stauffer Heinz: Die SVP hat ein dringliches Postulat eingereicht betreffend Erhaltung des Bauernhauses Hinderhus in Rüfenacht.

Wälti Martin, SVP: Das Postulat habt ihr auf dem Tisch vorgefunden und konnte somit auch eingesehen werden. Es geht heute Abend lediglich um die Dringlichkeit des Postulats. Der Grund für die Dringlichkeit kann ich euch folgendermassen begründen: Da die Beschwerdefrist zum Abbruch des Bauernhaus Hinderhus in Rüfenacht am 21. März 2012 abläuft, und wir können davon ausgehen, dass das Beschwerderecht von Niemandem benutzt wurde, ist der Abbruch des Bauernhauses wohl nur noch mit etwas Glück zu verhindern. Dem Glück möchten wir mit diesem Vorstoss zum Durchbruch verhelfen. Der Vorstoss erfordert die Dringlichkeit, damit das Hinderhus in Rüfenacht nicht in einer Feuerwehrrübung oder gar in einer Nacht- und Nebelaktion verschwindet. So könnten dann

anderweitige Nutzungsmöglichkeiten mit der neuen Ortsplanung nicht mehr geprüft werden. Mit der Zustimmung der Dringlichkeit gibt ihr dem Gemeinderat den klaren Auftrag, die Situation mit den Eigentümern noch einmal zu analysieren und damit auch der zukünftigen Verwendung des Objektes sowie dem Ortsbild von Rüfenacht genügend Rechnung zu tragen. Die SVP-Fraktion würde sich freuen, wenn das Parlament der Dringlichkeit des Postulates, im Namen der Rüfenachter Bevölkerung, zustimmen könnte.

Beschluss zur Dringlichkeit des Postulats der SVP-Fraktion betreffend Erhaltung des Bauernhauses Hinderhus in Rüfenacht:

Der Dringlichkeit wird mit 21 zu 9 Stimmen bei 3 Enthaltungen zugestimmt.

## Verhandlungen

### Mitteilungen

Sitzung	Datum	Traktandum	Beschlussesnummer	Geschäftsnummer	Archivnummer
Nr. 335	19.03.2012	1	2009/12-338	143	12/0/0

Ratspräsident Stauffer Heinz:

- Paul Gerber, SVP, hat seinen Rücktritt auf Ende März 2012 aus dem Grossen Gemeinderat bekannt gegeben. Paul Gerber ist seit dem Jahr 2000 im GGR und seit dem Jahr 2009 in der ASK. Ich danke ihm für die geleistete Arbeit und wünsche ihm für die Zukunft alles Gute. Paul Gerber wird neuer Schulhauswart in Richigen.
- Ich bitte euch um deutliche Handzeichen bei den Abstimmungen. Die Hand bleibt erhoben, bis sich die Stimmzähler setzen.
- Unseren Saalbetreiber, Beat Jaun, möchte ich bitten, dass er in Zukunft auch auf der Zuschauertribüne Getränke bereitstellt.

### Protokoll der Sitzung vom 6. Februar 2012: Genehmigung

Sitzung	Datum	Traktandum	Beschlussesnummer	Geschäftsnummer	Archivnummer
Nr. 335	19.03.2012	2	2009/12-339	144	12/0/0

Gerber Paul, SVP: An der letzten Sitzung haben Gfeller Paul und ich nicht teilgenommen.

Feststellung:

Da keine weiteren Wortbegehren gestellt werden, erklärt der Vorsitzende das Protokoll mit der Änderung von Paul Gerber als genehmigt.

## Aufsichtskommission: Ersatzwahl

Sitzung	Datum	Traktandum	Beschlussesnummer	Geschäftsnummer	Archivnummer
Nr. 335	19.03.2012	3	2009/12-340	458	10/1/1

Ratspräsident Stauffer Heinz: Die Ersatzwahl ist erforderlich, weil Paul Gerber (SVP) seine Demission per 31. März 2012 eingereicht hat. Für den Sitz in der ASK liegt ein schriftlicher Wahlvorschlag vor. Er lautet auf Therese Bernhard (SVP). Da dieser Wahlvorschlag nicht vermehrt wird, erkläre ich in Anwendung von Art. 68 der Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderates als in stiller Wahl gewählt: Therese Bernhard (SVP).

## Geschäftsprüfungskommission: Ersatzwahl

Sitzung	Datum	Traktandum	Beschlussesnummer	Geschäftsnummer	Archivnummer
Nr. 335	19.03.2012	4	2009/12-341	468	10/1/2

Ratspräsident Stauffer Heinz: Die Ersatzwahl ist erforderlich, weil ich, Heinz Stauffer (SVP), per sofort aus der Geschäftsprüfungskommission zurücktrete. Für den Sitz in der GPK liegt ein schriftlicher Wahlvorschlag vor. Er lautet auf Bruno Hirsbrunner (SVP). Da dieser Wahlvorschlag nicht vermehrt wird, erkläre ich in Anwendung von Art. 68 der Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderates als in stiller Wahl gewählt: Bruno Hirsbrunner (SVP).

## Prüfaufträge des GGR an die Aufsichtskommission (ASK) der Gemeinde Worb; Ergebnisse: Kenntnisnahme

Sitzung	Datum	Traktandum	Beschlussesnummer	Geschäftsnummer	Archivnummer
Nr. 335	19.03.2012	5	2009/12-342	118	12/0/0

### Detailberatung

Messerli Gregor, ASK: Am 28. März 2011 hat der Grosse Gemeinderat der Aufsichtskommission zwei Prüfaufträge zugewiesen. Es geht um das Sport- und Freizeitzentrum Hofmatt (neu Wislepark) und das Bauprojekt 3-Klang. Wir erhielten sieben Fragen zum Projekt Wislepark und acht Fragen zum Projekt 3-Klang. Heute Abend geben wir lediglich Informationen zum Projekt Wislepark ab. Ausstehend ist demnach das zweite Prüfgeschäft. Bei diesem Geschäft gab es mehrere Verzögerungen. Die ASK geht jedoch davon aus, dass ein entsprechender Bericht in der nächsten Sitzung vorgelegt werden kann. Ihr fragt euch sicherlich, weshalb die Aufsichtskommission ein Jahr gebraucht hat, um diesen 7-seitigen Bericht vorzulegen. Dies hat verschiedene Gründe. Einer der Gründe war am Anfang des Jahres ein ganz grosses Thema bei der ASK. Dies ist das Amtsgeheimnis. Wir haben uns lange mit Vertretern der Gemeinde auseinandergesetzt, wie dieses Amtsgeheimnis zu führen ist, so dass wir unsere Prüfhandlungen auch rechtskonform durchführen können. Ein Konsens konnte gefunden werden, es dauerte aber unerwartet lange. Eine umfangreiche Datenbank mit mehreren Bundesordnern stand uns zur Verfügung. Das Studieren der Akten benötigte Zeit und zudem

haben wir einige Interviews geführt. Mit dem externen Partner, der Firma reflecta ag, gab es Spezialabklärungen. All diese Aufwendungen konnten wir mit dem ordentlichen Budget der ASK decken. Es entstanden also keine unerwarteten Kosten. Schliesslich ging es um die Verfassung des Berichtes. Es benötigte einen ziemlich grossen Aufwand und mehrere Sitzungen, damit ein Konsens von allen ASK-Mitgliedern und Beteiligten zu diesen Prüffragen gefunden werden konnte. Der vorliegende Bericht gibt zu den sieben Fragen Auskunft. Im Detail steht der verantwortliche Leiter vom Auftrag heute Abend Red und Antwort. Wir haben für die beiden Prüfaufträge Projektteams gebildet. Zum heutigen Thema informiert euch Walter Würgler.

Würgler Walter, ASK: Ich gehe nicht auf alle Punkte des vorliegenden Berichtes ein. Natürlich bin ich bereit Fragen zu beantworten. Als erste Feststellung darf ich euch mitteilen, dass die ASK von allen Stellen die notwendigen und verlangten Unterlagen und Auskünfte erhalten hat. Es benötigte kein mehrmaliges Nachfragen. Die Dokumente sind sauber geführt und archiviert. Ich möchte mich bei allen Beteiligten ganz herzlich bedanken. Zum Punkt 2.1 "Marktuntersuchung und Benchmark" im Bericht. Dies ist eine Zusammenfassung und ich werde diese nun mit einigen Worten ergänzen. Im Bericht ist ersichtlich, dass drei gleichwertige Sportzentren verglichen worden sind. Dies sind Zuchwil, Schaffhausen und Herisau. In diesen Regionen wurde das Einzugsgebiet im Umkreis von 15 Kilometer miteinbezogen. Das heisst alle Einwohner, welche im Einzugsgebiet von 15 Kilometer leben. In der Region Zuchwil sind dies 93'000 Einwohner, in Schaffhausen 94'000 Einwohner und in Herisau 178'000 Einwohner. In Worb sind es 295'000 Einwohner, welche in diesem Einzugsgebiet wohnen. Weiter ist untersucht worden, wie hoch die Ausgaben pro Haushalt in diesen Regionen sind. Unterscheiden sich diese oder sind die Ausgaben gleich? Die Ausgaben pro Haushalt für Freizeit, d.h. Sport, Erholung, Gesundheit betragen in der Region Zuchwil im Monat CHF 656.-, in Schaffhausen CHF 563.-, in Herisau CHF 547.- und in Worb CHF 605.-. Ihr sieht, betreffend den Ausgaben für Freizeit spielt es eigentlich keine Rolle, wo man in der Schweiz wohnt. Die Ausgaben sind fast überall gleich hoch. Da wir in Worb ein grösseres Einzugsgebiet haben, ist auch das Potential wesentlich grösser. Dies steht ebenfalls im Bericht. Dies die Erklärung, weshalb das Potential in Worb grösser ist. Wichtig ist das Fazit des Ganzen: Der Erfolg des Sportzentrums Worb AG hängt in erster Linie von einer innovativen und marktgerechten Geschäftsführung ab. Die Rahmenbedingungen sind sehr ähnlich wie an anderen Orten. Zum Punkt 2.3 „Verwaltungsrat“. Es tönt vielleicht erstmals fragwürdig, dass sich der Verwaltungsrat selbst kontrolliert. Dies ist aber nicht so, aber es könnte auf den ersten Blick so wirken. Es ist aber richtig, dass Jonathan Gimmel zwei Funktionen einnimmt. Auf der einen Seite ist er im Verwaltungsrat von dieser Gesellschaft und andererseits wird er vom Gemeinderat delegiert, an die Generalversammlung dieser Gesellschaft zu gehen. Er soll dort als Alleinaktionär die Einwohnergemeinde Worb vertreten. Da der gesamte Gemeinderat ihm dieses Amt übertragen hat ist dies rechtens. Dass dieses Amt an Jonathan Gimmel übergeben wurde, ist ebenfalls protokolliert. Gemäss Abklärung beim Amt für Gemeinden und Raumplanung (AGR) ist die Doppelrolle Mitglied des Verwaltungsrates und Aktionärsvertreter zulässig. Dies wird auch in anderen Gemeinden so durchgeführt. Das Sport- und Freizeitzentrum Worb steht vor einer grossen unternehmerischen Herausforderung. Die Zielsetzung dieser Gesellschaft muss es sein, das jährliche Betriebsdefizit wesentlich unter die dem Volk vorgelegten Summe von CHF 400'000.- zu senken. Uns allen ist bewusst, dass dies keine einfache Aufgabe ist. Ein bisschen Glück benötigt es dazu. Das Schwimmbad erwirtschaftet einen deutlich höheren Umsatz bei schönem Wetter. Dennoch soll die Zielsetzung gleich bleiben und wir wären wohl die erste Gemeinde, welche einer Gesellschaft kein Defizit zahlen müsste. Ich kenne kein Unternehmen in diesem Rahmen, welches positiv wirtschaftet. Dass „Schiff“ Wislepark muss also im Schwimmbad schwimmen und es darf nicht auf das Glatteis der Eisbahn geraten. Dies ist sicherlich der Wunsch von uns allen. Ich bedanke mich bei allen Mitgliedern der Aufsichtskommission und vor allem dem

Prüfteam, welches hier mitgearbeitet hat. Es ist mir klar, dass es einige Fragen zum Bericht geben wird, aber wie gesagt, dies ist lediglich eine Zusammenfassung. Ansonsten wäre wohl ein 20-seitiger Bericht entstanden. Wir haben uns spezifisch auf die gestellten Fragen konzentriert. Wenn nun Fragen betreffend der Arbeit oder den Sitzungen dieser Aktiengesellschaften aufkommen und ihr von uns eine Antwort möchtet, dann muss ich klar sagen, dies war nicht der Prüfauftrag. Der Prüfauftrag lautete so, dass wir herausfinden sollten, ob die Aufgaben so wahrgenommen wurden, wie sie dem Volk bei der Abstimmung vorgelegt wurden. Ich gehe noch kurz auf den Punkt 3.7 ein. Beim letzten Absatz steht: „Obwohl das Bauprojekt und das Geschäftsmodell grundsätzlich den ursprünglichen Zweck verfolgen, stimmt die Abstimmungsbotschaft an die Stimmberechtigten nicht (mehr) vollständig mit dem aktuellen Projektstand überein.“ Was bedeutet dies? Wir haben Mehrkosten von 1.64 Mio. Franken, aber nicht durch die Gemeinde, sondern durch die Sportzentrum Worb AG. Die Gemeinde zahlt deshalb nicht mehr, sondern das Sportzentrum nimmt das Geld in Form von einer Hypothek auf. Der Vertrag liegt bereits vor, unterzeichnet ist er noch nicht.

Wälti Martin, SVP: Einen grossen Dank an das Team der ASK für den umfassenden Prüfbericht zum Sport- und Freizeitzentrum Hofmatt. Vor mehr als einem Jahr hat der GGR der ASK den Auftrag gegeben, die fragwürdigen Punkte zu prüfen und dem GGR Bericht zu erstatten. Nun liegt dieser Bericht vor und wir können uns dazu ein Bild machen. Die beiden Referenten der ASK, Gregor Messerli und Walter Würigler, haben diesen Bericht sehr gut erläutert. Ich bin unweit des Wislepark aufgewachsen und wohne auch heute noch mit meiner Familie in der Nähe. Wir konnten die Bautätigkeit und die Entwicklung dieses Projektes direkt mitverfolgen. Die SVP ist zuversichtlich, dass das Projekt zum geplanten Zeitpunkt fertiggestellt wird und dass das grosse Eröffnungsfest vom 11. bis 13. Mai 2012 durchgeführt werden kann. Ein Dorffest, wie es Worb wieder einmal verdient hat, soll es werden. Die Mitwirkung der vielen Vereine, der Musikgesellschaften, der Sportler und den vielen Helferinnen und Helfern garantiert schon eine riesige Anziehungskraft. Hoffentlich wird Worb dadurch in eine 3-tägige Festlaune versetzt. Dennoch erlauben wir uns einen kurzen Rückblick zum Prüfbericht und daraus ergeben sich die folgenden Erkenntnisse: Die dem Volk vorgelegten Gesamtkosten wurden um 1.8 Mio. Franken überschritten. Die Gründe dafür sind bekannt. Wir können uns aber dennoch nicht darauf verlassen, dass die Betriebsleitung und die Gemeinde die Kosten auch in der Zukunft im Griff haben werden. Für die Zusatzfinanzierung der 1.8 Mio. Franken liegt, gemäss Bericht, eine entsprechende Finanzierungsbestätigung der Berner Kantonalbank vor. Reicht diese Bestätigung aus? Da dies in diesem Bericht steht, verlassen wir uns darauf und schlussendlich sollte dies auch verbindlich sein. Der Darlehensvertrag der Berner Kantonalbank und der Betriebs-AG ist für die Bank ein risikoloses Geschäft. Kommt es im schlimmsten Fall zu einem Konkurs, was wir nicht hoffen, steht die Berner Kantonalbank beim Grundpfandrecht an erster Stelle. Die Gemeinde müsste in diesem Fall wohl auf relativ viel Geld verzichten. Für uns steht aber nicht dieser Ansatz im Vordergrund, denn wir betrachten das Ganze positiv. Deshalb erachten wir die Finanzierung als rechtens. Die ASK hat mit dieser Prüfung etwas sehr positives bewirkt. Die Finanzverwaltung hat dank der Beurteilung der ASK den Darlehensvertrag mit der SZW AG angepasst und zusätzliche Schuldbriefe von total 3 Mio. Franken errichtet. Dies erachten wir als einen Faktor, welcher durch den Prüfbericht positiv beeinflusst wurde. Die SVP-Fraktion wünscht der Betriebs-AG und allen Beteiligten einen guten Start und einen erfolgreichen Betrieb. Noch einmal besten Dank für die grossartige Arbeit der ASK.

Moser Christoph, SP: Ich möchte zuerst Martin Wälti ganz herzlich danken, dass er einfach so respektiert, dass wir ein Mitglied in unseren Reihen haben, das den Mundart-Dialekt nicht oder nur schwer versteht. Danke für dein Votum in Schriftsprache. Nun zum Prüfbericht: Von der Seite der SP gibt es zu diesem Bericht nicht viel zu sagen. Wir waren seinerzeit dagegen, der ASK einen



Prüfbericht für den Wislepark zu erteilen. Der nun vorliegende Bericht bestätigt uns in unserer Haltung. Weshalb ich jetzt hier stehe: Ich möchte es nicht unterlassen, im Namen der SP-Fraktion der ASK für die sorgfältige und aufwendige Prüfung und für den ausführlichen Bericht ganz herzlich zu danken.

Suter Harry, EVP: Auch die EVP dankt der ASK für den vorliegenden Bericht. Mit Befriedigung stellten wir fest, dass im Bericht gegenüber den Aussagen des Gemeinderates zum Beispiel anlässlich der GGR-Sitzungen vom 7. Februar 2011 und den vorangehenden Informationsanlässen keine Neuerungen enthalten sind. Für den sicher nicht immer einfachen Einsatz zu Gunsten des Sportzentrums möchte die EVP den direktbeteiligten Gemeinderatsmitgliedern, dem Gemeindepräsidenten Niklaus Gfeller und Gemeinderat Jonathan Gimmel danken. Und natürlich freuen auch wir uns auf das bevorstehende Dorffest mit der Einweihung des Wisleparcs.

Gemeindepräsident Gfeller Niklaus, Departementsvorsteher Präsidiales: Auch von der Seite des Gemeinderates ganz herzlichen Dank an die ASK für diesen sorgfältig erarbeiteten Prüfbericht. Ich möchte noch auf die Frage von Martin Wälti antworten. Die Zusicherung der Berner Kantonalbank liegt vor. Das Geld kann bezogen werden, sobald es benötigt wird. Wir verzichten darauf, das Geld zu früh zu beziehen, weil sonst lediglich Zinskosten anfallen würden.

#### Beschluss:

Der Grosse Gemeinderat nimmt Kenntnis von den Ergebnissen des Prüfauftrags Sport- und Freizeitzentrum Hofmatt (Wislepark) der Aufsichtskommission (ASK) vom 23. Februar 2012.

## Ortsplanungsrevision; Neustart: Kreditbewilligung

Sitzung	Datum	Traktandum	Beschlussesnummer	Geschäftsnummer	Archivnummer
Nr. 335	19.03.2012	6	2009/12-343	207	31/0/1

#### Detailberatung

Jörg Peter, GPK: Die GPK erachtet die Botschaft des Gemeindrates als ein eher schwierig zu verstehendes Papier. Auf den Seiten eins bis fünf befasst es sich unter dem Titel „Was bisher geschah“ im Sinn eines Fortsetzungsromans mit dem bisherigen Ablauf und der bisherigen Analyse der gescheiterten OP06+. Auf der Seite fünf wird dann ein Vergleich mit der ebenfalls gescheiterten Ortsplanung der Gemeinde Muri aufgezeigt. Auf der Seite sechs ist ein Fazit verfasst. Erst ab den Seiten sieben und acht befasst sich die Botschaft mit dem aktuellen Geschäft; dem Neustart der Ortsplanung in unserer Gemeinde. Die Planungskommission wurde erst im Januar 2012 wieder beigezogen, soll den Prozess aber begleiten. Es sind zwei Phasen vorgesehen: Die Vorbereitungs- und die Hauptphase. In der Botschaft steht, dass die anliegende Bevölkerung vermehrt berücksichtigt werden soll. Der Einbezug der Bevölkerung scheint der GPK eher aufwendig und auch schwierig zu organisieren. Die Bevölkerung soll mehrmals eingeladen werden. Sollte die öffentliche Wahrnehmung als unbefriedigend ausfallen, sollen sogar öffentliche Volksbefragungen durchgeführt werden. Diese Vorgehensweise scheint uns nicht üblich zu sein und es stellt sich die Frage, ob dies zielführend ist? Das Volk kann sich abschliessend sowieso, je nach Interessenslage (Stichwort Referendum), via Abstimmung selber äussern. Dort fallen dann manchmal nicht erklärbare defini-

tive Entscheide, dies haben wir bereits mehrmals erfahren. Aber das Volk hat ja immer Recht. Aus diesen Gründen betrachten wir das Vorgehen des Gemeinderates als eher problematisch. Der GPK geht es aber lediglich um die formelle Prüfung und nicht um politische Fragen. Formell ist aus unserer Sicht nichts zu beanstanden. Gemäss dem Zeitplan soll sich der GGR im Jahre 2015 wieder zum Geschäft äussern können. Noch einige Worte zum Kredit: Der grösste Teil des zu bewilligenden Kredites von CHF 350'000.- soll an den bisherigen Planer ausbezahlt werden, nämlich rund CHF 262'000.-. Eine öffentliche Ausschreibung über dem Schwellenwert liegenden Auftragsvolumen von CHF 200'000.-, gemäss Artikel 6 über das öffentliche Beschaffungswesen, soll nicht stattfinden. Die freie Vergabe soll aber veröffentlicht werden, damit Mitbewerber allenfalls Einsprache erheben können. Aus gesetzlichen Gründen kann auf eine öffentliche Ausschreibung verzichtet werden, zum Beispiel wenn Vorkenntnisse vorhanden sind oder wenn bisherige Leistungen ergänzt werden müssen. Dies scheint bei der Panorama AG für Raumplanung, Architektur und Landschaft der Fall zu sein. Die Einarbeitung eines neuen Ortsplaners würde sich damit erübrigen. Die GPK findet dieses Anliegen des Gemeinderates legitim und hat gegen dieses gewählte Vorgehen keine Einwände. Allerdings müssen selbstverständlich die Rechtsmittelfristen eingehalten werden. Die Publikation ist bis heute noch nicht erfolgt, weil zuerst der Kredit bewilligt werden müsste. Die GPK beantragt dem GGR, den Verpflichtungskredit für die neue Ortsplanung von CHF 350'000.- zu Lasten der Investitionsrechnung zu bewilligen.

Gemeindepräsident Gfeller Niklaus, Departementsvorsteher Planung: Der Gemeinderat hat in seiner Botschaft die Analyse der abgelehnten OP06+ abgebildet und formuliert, welche Lehren er aus dieser Analyse ziehen will. Er hat dabei auch die Erfahrungen von weiteren Gemeinden mit abgelehnten Ortsplanungsrevisionen einbezogen. Basierend darauf hat er skizziert, wie er bei der neuen Ortsplanungsrevision vorgehen will. Der Gemeinderat will die Ortsplanungsrevision in zwei Phasen erarbeiten: Vorbereitungs- und Hauptphase. In der Vorbereitungsphase sollen die Grundlagen der neuen Ortsplanung erarbeitet werden. In dieser Phase sollen die Vorstellungen der Parteien, der Interessenvertreter und der ganzen Bevölkerung bezüglich der zukünftigen Raumplanung abgeholt werden. Gerade der letzte Punkt scheint doch sehr wichtig, denn im Rahmen der abgelehnten OP06+ wurde dem Gemeinderat ein mangelhaftes Einbeziehen der Bevölkerung vorgeworfen. In dieser Phase werden selbstverständlich auch die Mitglieder des GGR die Gelegenheit haben, sich hier einzubringen. Es ist heute nicht das letzte Mal, dass sich die GGR-Mitglieder äussern können und dann bis im Jahr 2015 warten müssen. Die Meinung des Volkes erst bei der Abstimmung einzuholen, scheint dem Gemeinderat doch sehr gewagt. Er hat sich deshalb für ein Vorgehen entschieden, bei dem die Meinungen schon vorgängig eingeholt werden. Wie wird diese Meinung eingeholt? Es gibt verschieden Instrumente dafür. Instrumente dazu sind beispielsweise Grossgruppenkonferenzen oder eine Bevölkerungsbefragung. Ich erinnere daran, dass der SP in der letzten Sitzung ein Postulat beantwortet wurde, in welchem sie dieses Instrument vorgeschlagen haben. Die Planungskommission wird nun als ersten Schritt das geeignete Vorgehen erarbeiten und dem Gemeinderat zum Beschluss vorlegen. Wichtig ist, dass in dieser Phase eine intensive öffentliche Diskussion stattfindet. Dies sollte sich auch in den Medien niederschlagen. Das ordentliche Planerlassverfahren mit den Elementen Mitwirkung, Vorprüfung, öffentliche Auflage, Beschluss im GGR erfolgt dann im Rahmen der Hauptphase. Für die ganze Ortsplanungsrevision (Vorbereitungs- und Hauptphase) ist ein Kredit von CHF 350'000.- erforderlich. Peter Jörg hat bereits erwähnt, dass die Arbeiten des Ortsplaners CHF 262'000.- kosten. Hierzu liegt eine Richtofferte vor. Dazu kommen Kosten für die juristische Begleitung. Diese belaufen sich auf rund CHF 40'000.-. Für Kommunikationsmassnahmen und für öffentliche Anlässe ist ein Betrag von CHF 25'000.- geplant. Öffentliche Anlässe im Rahmen der Mitwirkung und im Rahmen der öffentlichen Auflage wird es auf jeden Fall geben. Der Gemeinderat hat beschlossen, den Kredit für die ganze Ortsplanung zu beantragen,

vor allem weil ein Wechsel der Fachperson des Ortsplaners zwischen Vorbereitungs- und Hauptphase keinen Sinn macht. Der grösste Teil des Kredits betrifft den Ortsplaner. Solange dieser Kredit nicht bewilligt ist, kann der Ortsplaner nicht beauftragt werden. Ohne Ortsplaner, d.h. ohne Fachperson können wir nicht anfangen. Die Grundlagen für das Erfassen der Anliegen und Bedürfnisse der verschiedenen Interessensgruppen braucht fachliche Grundlagen, die der Ortsplaner zusammen mit der Planungskommission erarbeiten muss. In diesem Antrag geht es lediglich darum, den Kredit zu bewilligen. Der GGR kann zwar Anliegen zum Vorgehen formulieren, die wir gerne aufnehmen. Er kann aber keine Anträge stellen, wie dieses Vorgehen abzulaufen hat. Das heisst, eine Rückweisung bringt nur einen Zeitverlust. Am Anfang der Ortsplanungsrevision steht in jedem Fall ein Kreditantrag. Ich bitte euch, im Hinblick auf die Zukunft unserer Gemeinde, dem Verpflichtungskredit von CHF 350'000.-, trotz dem vorliegenden Rückweisungsantrag, zuzustimmen.

Wermuth Bruno, SVP: Soweit ich mich zurück erinnern kann, bin ich nun seit 16 Jahren in diesem Rat. Sozusagen bin ich das ratsälteste Mitglied, welches in all den Jahren durchgehend im Rat tätig war. Einen solchen Antrag wie heute habe ich in all diesen Jahren noch nie vorgetragen. Ein Antrag, bei welchem sich die FDP, die Grünen, die SP und die SVP zusammengetan haben und sich ausgesprochen haben. Es gab lange Diskussionen und auch in den Partei-Fraktionen wurde alles von A bis Z angesprochen. Schlussendlich sind wir zum Entschluss gekommen, dass wir dieses Geschäft Neustart/Kreditbewilligung zurückweisen möchten. Niklaus, wir verstehen dein Bedenken, dass dadurch Zeitverlust eintreten wird, aber wir möchten, dass beim zweiten Mal alles richtig angegangen wird, damit der Antrag im Rat mehrheitsfähig ist und beim Volk akzeptiert wird. Dies war unser Anliegen und unsere Motivation, dass wir hier gemeinsam mit diesem Rückweisungsantrag antreten. Das Geschäft ist in der vorliegenden Form nicht beschlussreif. Bevor über einen Verpflichtungskredit befunden werden kann, ist das Geschäft wie folgt zu überarbeiten. Verfahren: Der Gemeinderat soll die neue Ortsplanung in Erfüllung seiner Aufgaben gemäss Art. 55 der Gemeindeverfassung im Interesse der Allgemeinheit planen und durchführen. In einer ersten Phase sind durch den Gemeinderat die normativen Ziele der Gemeindeentwicklung in Richtung Nachhaltigkeit zu überprüfen und gegebenenfalls zu überarbeiten. Gestützt darauf und in Kooperation mit der Planungskommission sind die zentralen Fragestellungen der räumlichen Entwicklung, unter Berücksichtigung der im Abstimmungskampf zu OP06+ aufgeworfenen Forderungen (innere Verdichtung, schonungsvoller Umgang mit den landwirtschaftlichen Flächen, möglichst geringer Individualverkehr usw.), zu formulieren. Im anschliessenden öffentlichen Diskurs sind sowohl die Bevölkerung wie auch die zentralen Anspruchsgruppen am Prozess auch inhaltlich zu beteiligen. Leistungsnachweis: Das gewählte Verfahren ist durch den Gemeinderat auf Ebene Zielformulierung, Massnahmen, beteiligte Akteure und Kosten zu begründen und in einem Phasenplan darzustellen. Gleiches gilt für die erforderlichen Expertisen (z.B. innere Verdichtung, Verkehr), Kommunikationsmassnahmen und die Beteiligung der Bevölkerung. Führung: Der Gemeinderat ist als oberstes Führungsorgan der Gemeinde aufgefordert, für die Ortsplanung eine zielgerichtete und erfolgsversprechende Führungsorganisation festzulegen. Angesichts der grossen Komplexität auf Verfahrens- und Inhaltsebene sowie der gemachten Erfahrungen bei den Worber Grossprojekten muss der Gemeinderat seine Verantwortung als oberstes Führungsorgan der Gemeinde wahrnehmen und die im Gemeinderat vorhandenen Kompetenzen optimal nutzen.

Begründung:

1. Nach Art. 55 Abs. 1 der Gemeindeverfassung führt der Gemeinderat die Gemeinde, plant deren nachhaltige Entwicklung und koordiniert die Geschäfte. Der Gemeinderat soll seine Verantwortung wahrnehmen und 1. die langfristigen Entwicklungsziele der Gemeinde (Strategie Gemeindeentwicklung) überarbeiten und 2. die Ziele der neuen Worber Ortsplanung darauf ausrichten. Die Verantwortung für die nachhaltige Entwicklung der Gemeinde Worber kann nicht an Gross-

gruppenkonferenzen delegiert werden. Da an solchen Anlässen vor allem Interessensvertreterinnen und –vertreter teilnehmen, drohen die Interessen der Bevölkerung auf der Strecke zu bleiben. Vielmehr sollen die illustrierten und erläuterten Ziele der räumlichen Gemeindeentwicklung als Grundlage für den Dialog mit der Bevölkerung dienen. Dabei sind die zentralen Anspruchsgruppen, u.a. auch das Komitee Worb/Rüfenacht bleibt grün, am Prozess auch inhaltlich zu beteiligen.

2. Die verschiedenen Verfahrensschritte sind auf Ebene Zielformulierung, Massnahmen, beteiligte Akteure und Kosten zu begründen und in einem Phasenplan innerhalb der Botschaft darzustellen. Für die erforderlichen Expertisen (z.B. innere Verdichtung, Verkehr), Kommunikationsmassnahmen und die Beteiligung der Bevölkerung sind ebenfalls Ziele, geplante Massnahmen und Kosten auszuweisen.
3. Ohne eine zielgerichtete und kompetente Departementsführung macht die Neuauflage der Ortsplanung keinen Sinn. Die offensichtlichen Führungsmängel im aktuellen Geschäft wie auch bei den anderen Worber Grossprojekten zum Schaden der Gemeinde können nicht weiter hingenommen werden. Die Fraktionen der Parteien FDP, Grüne, SP und SVP erwarten vom Gemeinderat, dass er seine Verantwortung als oberstes Führungsorgan der Gemeinde wahrnimmt und für die überaus anspruchsvolle Ortsplanung eine geeignete Führungsorganisation festlegt. Die Gemeinde kann sich ein weiteres Scheitern der Ortsplanung nicht leisten. Entsprechend müssen die im Gemeinderat vorhandenen Kompetenzen optimal genutzt werden. Dabei sind neue Lösungen gefragt. Aus Sicht der im Gemeinderat vertretenen Parteien erscheint es als sinnvoll, dass in dieser Situation auch ein Departementswechsel geprüft wird.

Nun die Stellungnahme der SVP. Die SVP bemängelt an der Botschaft, dass lediglich beim letzten Punkt erläutert wird, um was es eigentlich geht. Dies hat Peter Jörg von der GPK bereits erwähnt. In den ersten vier bis fünf Seiten wird ein Rückblick der OP06+ aufgezeigt. Beim Vorgehensvorschlag, möglichst alle Interessensgruppen von Anfang an miteinbeziehen, fragen wir uns ebenfalls, ob dies wirklich zielführend ist. Wir sind der Meinung, dass es die Aufgabe des Gemeinderates und der Planungskommission ist, die Entwicklungsziele zu formulieren und wenn nötig, diese zu überarbeiten. Zu diesem Punkt sind wichtige Grundlagen vorhanden. Zum Beispiel das Räumliche Entwicklungskonzept. Dies ist die Grundlage für alle strategischen und raumrelevanten Handlungen in der Gemeinde. Zudem stellten wir fest, dass die Grossprojekte in der Gemeinde Worb nicht gut im Gang sind oder waren. Ich denke hier an die Umfahrung von Worb. Auch beim Projekt 3-Klang gibt es keine befriedigenden Lösungen. Es stehen verschiedene Fragen an. Waren die Vorgaben oder Wünsche zu hoch gesteckt? Ist ALDI der richtige Partner dafür? Ich glaube ALDI ist eher ein Ballast als ein Gewinn in diesem Projekt. Vielleicht wäre es an der Zeit, das Projekt mit einem anderen Partner weiterzuführen. All diese Punkte, welche nicht richtig angegangen wurden, können wir vom GGR nicht beim Gemeinderat korrigieren oder einen Departementswechsel fordern. Wir dürfen aber laut denken und unsere Meinung kund tun. Dies tun wir hier für die SVP, die übrigen Parteien und die Worber Bevölkerung.

Seematter Adolf, EDU: Die Redezeit wurde soeben massiv überschritten. Die EDU bedauert die Ablehnung der OP06+ durch das Stimmvolk. Die OP06+ wurde über Jahre vorbereitet und beinhaltete ein moderates Wachstum für die Gemeinde Worb. Von den OP06+-Gegnern wurden die Einzonungen und der Richtplan durcheinander gebracht. Dadurch entstand eine Verunsicherung der Stimmbürger. Zusätzlich erhielt die Gemeinde noch eine Beschwerde gegen die Abstimmungsbotschaft. Im Nachhinein stellte sich heraus, dass diese Beschwerde zweckdienlich war, damit die Stimmbürger negativ beeinflusst werden. Nach dem Abstimmungsergebnis, im Sinne des Beschwerdeführers, wurde die Beschwerde zurückgezogen. Ohne ein Resultat abzuwarten. Bis heute ist nun unklar, ob die Beschwerde berechtigt war oder nicht. Ein negativer Punkt der Ablehnung der

OP06+ betrifft die Aussenorte von Worb. Es sind die Aussenorte Richigen und Vielbringen. In diesen Ortschaften waren kleine Einzonungen vorgesehen. Die kantonalen Vorgaben haben sich stark verschärft und deshalb ist es nun praktisch fast nicht mehr möglich in diesen Ortschaften Einzonungen vorzunehmen. Leider können sich diese Orte nun nicht mehr entwickeln und die Aussenstellen sind wieder in Gefahr. Nimmt die Einwohnerzahl in den Aussenorten ab, wird der öffentliche Verkehr gefährdet. Die Gemeinde Worb steht mit der neuen Ortsplanung vor einer grossen Herausforderung. Einerseits muss die Vorlage den kantonalen Vorgaben entsprechen und neu wird auch die Regionalkonferenz Bern-Mittelland mitreden. Die politischen Parteien haben ihre verschiedenen Ansprüche und des Weiteren sind die Landbesitzer immer noch die entscheidenden Partner. Doch das letzte Wort hat bei einem Referendum immer noch das Volk. Nun zum ersten Punkt des Rückweisungsantrages: Die EDU sieht in der Vorlage des Gemeinderates die Punkte als erfüllt. Den zweiten Punkt könnten wir unterstützen. Eine Zielformulierung, Massnahmen und einen Phasenplan mit den verschiedenen Mitwirkungen der Planungskommission, der Parteien und der Bevölkerung wäre zu begrüssen. Zum dritten Punkt: Die Forderung für einen Departementswechsel, so kurz vor den Wahlen, kann die EDU nicht nachvollziehen. Wir werden der Kreditbewilligung zustimmen.

Büchel-Wampfler Sandra, SP: Es harzt in der Worber Politik und es harzt mit den Worber Grossgeschäften. Das ist nichts Neues. Es harzt aber auch in der Zusammenarbeit zwischen den Behörden und zwischen den Behörden und der Bevölkerung. Nicht das Wohl der Bevölkerung, nicht unsere gemeinsame Identität und nicht unsere Zukunftsziele sind die Motive des Handelns, sondern Rechtfertigung und Unbelehrbarkeit. Die SP hat 2008 im entscheidenden Wahlgang Niklaus Gfeller unterstützt. Sie hat sich darauf gefreut, dass mit ihm ein offener und an den Bedürfnissen der Menschen interessierter Mann die Gemeinde leiten wird. Aber wir wurden enttäuscht. Statt Teamplay, persönliches Engagement und echter Einbezug der Bevölkerung orten wir auf allen Stufen Absenz. Wir die SP als Fraktion, und aber auch unsere Parteibasis, welche dies an der letzten Parteiversammlung unmissverständlich zum Ausdruck gebracht hat, erwarten, dass unsere Gemeinde mit Herzblut und nicht mit Gleichgültigkeit geführt wird. Eine neue Chance bietet sich nun mit der Ortsplanungsrevision. Es geht doch darum, die bei der abgelehnten OP06+ aufgerissenen Gräben zu überwinden, die Zukunftsziele der Gemeinde zu überarbeiten, die offenen und klaren Forderungen zum Landschafts- und Ortsbildschutz vertieft zu prüfen und dann den Dialog mit der Bevölkerung zu suchen und zu führen. Doch nun erhalten wir eine Vorlage, die uns an die Verfahrensspannen bei den anderen Grossprojekten erinnert. Nach langer Funkstille wurden die Medien durch den Departementsvorsteher Planung informiert, ohne, dass die dafür zuständige Planungskommission überhaupt etwas vom Geschäft wusste. Wir fragen uns, wie ist dies möglich? Ist es dem Departementsvorsteher egal, was sein Fachorgan von der Ortsplanung hält? Offenbar ist dem Departementsvorsteher auch der Gemeinderat unwichtig, denn wenn die Planungskommission nicht im Bild war, lag ja auch keine durch den Gemeinderat bereinigte Botschaft vor. Wir können uns nicht vorstellen, wie mit diesem eigenmächtigen Vorgehen eine konstruktive Zusammenarbeit im Zusammenspiel zwischen Behörden, Kommissionen und Öffentlichkeit möglich sein soll. Vor diesem Hintergrund sind die geplanten Grossgruppenkonferenzen ein Hohn. Gerne erinnern wir den Gemeindepräsidenten daran, dass die Verantwortung für die nachhaltige Entwicklung der Gemeinde nicht an Dritte delegiert werden kann. Zudem bleiben an Grossgruppenkonferenzen die Interessen der Bevölkerung auf der Strecke, da in erster Linie Interessensvertreterinnen und -vertreter daran teilnehmen werden. Die illustrierten und erläuterten Ziele der räumlichen Gemeindentwicklung müssten aber viel mehr als Grundlage für den Dialog mit der Bevölkerung dienen. Dabei sind alle Anspruchsgruppen (selbstverständlich auch das Komitee Worb/Rüfenacht bleibt grün) am Prozess auch inhaltlich zu beteiligen. Die Odyssee der Botschaft hat sie aber nicht besser gemacht. Nebst dem, dass auf sechs

Seiten eine gute und ausführliche Vergangenheitsbewältigung betrieben wird, bleibt der Text vage. Sie bietet weder konkrete Informationen über die geplante Vorgehensweise, noch lässt es das Gefühl aufkommen, dass ein Konzept vorhanden ist. Unter Ziffer 8 wird zwar der Planer erwähnt, aber darauf den Planer namentlich bekannt zu geben wird grosszügigerweise verzichtet. Ausserdem stellt sich uns an dieser Stelle die Frage, wie und warum gerade dieser Planer ausgewählt wurde und ob und welche anderen Offerten allenfalls eingeholt und geprüft worden sind. Unter derselben Ziffer werden von CHF 350'000.- Franken Gesamtkosten und einer Offerte von CHF 262'440.- vom Planer gesprochen, ohne dass aber ein detailliertes Budget aufgestellt ist, auf dem für uns ersichtlich ist wofür wie viel Geld gesprochen werden soll. Der Gemeinderat verlangt also sozusagen einen Blanko-Check. Zudem fehlen für viele Komponenten die Ziele, sowie die konkrete Vorgehensplanung. Ausserordentliche Lagen verlangen nach ausserordentlichen Lösungen. Damit der schlingernde Gemeindegang nicht auch noch Spielball der Parteien wird, haben wir uns mit den anderen Parteien Grüne, FDP und SVP in der Worber Zukunftskonferenz darauf verständigt, die bedeutsamen Gemeindegänge gemeinsam zu gestalten. Dies trotz anderen politischen Backgrounds und trotz Wahljahr. Damit lösen wir ein, was die Bevölkerung längst fordert, nämlich: Gemeinsame, konstruktive Lösungen für die dringendsten Probleme. Wir von der SP-Fraktion unterstützen den Rückweisungsantrag und halten angesichts des destruktiven und nicht wertschätzenden Führungsverhaltens im Departement Planung fest, dass sich der Gemeinderat ernsthaft mit der Neuverteilung der Departemente auseinandersetzen muss. Diese Forderung ist weder emotional noch wahltaktisch gefärbt, denn bekanntermassen hat die SP bisher keinen Kandidaten nominiert. Die Forderung beruht lediglich auf dem Bestreben die Gemeinde Worb in ihrer Entwicklung vorwärts zu bringen und den Gemeindepräsidenten zu motivieren, seine Verantwortung der Gemeinde und seinen Wählern gegenüber wahr zu nehmen und sein Amt so auszuüben wie es die Verfassung nach Art. 55 Abs. 1 verlangt.

Emch Ulrich, FDP: Es wurde schon viel gesagt heute Abend und deshalb will sich die FDP auf ganz wenige Punkte konzentrieren. Wir haben es gehört, der Gemeinderat führt die Gemeinde und er plant deren nachhaltige Entwicklung. Andererseits haben wir auch gehört, dass wir nicht weiterfahren können, ohne den Ortsplaner zu engagieren. Deshalb muss zuerst Geld gesprochen werden. Wir von der FDP meinen aber, dass nicht Geld gesprochen werden muss. Es braucht auch nicht jetzt die Expertise des Ortsplaners. Wir haben die Expertise: Der Gemeinderat, die Fachkommission spricht die Planungskommission und die Verwaltung. Viel Expertise ist vorhanden und mit dieser Expertise können genau die angestrebten Ziele mit der Rückweisung bearbeitet werden. Die Eckpunkte können eingeschlagen und die Ziele formuliert werden. Es geht weiter als das was der Ortsplaner macht. Natürlich benötigen wir ihn auch. Er muss sagen, was tatsächlich im Detail umsetzbar ist. Aber die grossen Ziele wohin wir wollen, das muss der Gemeinderat mit seinen Experten festlegen. Und eines was ganz wichtig ist, ist der Weg wie wir zum Ziel kommen. Wir haben es vom Gemeindepräsidenten gehört, es gibt genügend Gemeinden, welche dastehen wie wir. Sie haben eine verworfene Ortsplanung. Deshalb sind hier sehr innovative und kreative Ideen gefragt. Wie kommen wir schliesslich zu einer Ortsplanung, die mehrheitsfähig ist? Wir glauben nicht, dass es mit dem vorgeschlagenen Weg so einfach geht. Wir müssen hier noch innovativer sein und müssen auch verschiedene Wege und Verfahren gegeneinander abschätzen und dann schauen, mit was wir tatsächlich zum Ziel gelangen. Wir meinen, dass es deshalb notwendig ist, um den Nutzen in unserer Gemeinde wirklich voll und ganz zum tragen zu bringen, dass jede Frau und jeder Mann wirklich am richtigen Ort sein muss. Das hier angesprochene muss umgesetzt und vor allem diskutiert werden, in welcher Art und Weise, dass wir die Expertise die bei uns vorhanden ist, richtig zum tragen bringen und all das Wissen richtig einsetzen. Eines möchten wir auch festhalten: Wir sprechen von Zeitverlust. Es gibt eine weitere Verzögerung, niemand weiss wie lange. Aus unserer Sicht null

Verzögerung. Morgen kann mit dieser Arbeit begonnen werden, wie wir sie sehen. Dass der Gemeinderat mit seinen Leuten nun die Sache angeht und das möglichst rasch hier in den Rat bringt. Dass dabei schliesslich auch die Verfahren, wie sie dann schliesslich gewählt werden, damit wir eben auch die Rückmeldung der Bevölkerung erhalten und wir bereit abgestützt sind, dass der Ortsplaner mit seinen spezifischen Kenntnissen einbezogen haben, all das gehört selbstverständlich auch dazu. Aber dies muss auf dem vorgeschlagenen Weg geschehen. Deshalb werden wir diesem Kreditantrag nicht zustimmen und meinen, dass der Gemeinderat hier ein anderes Vorgehen aufzeigen muss.

von Arx Roland, Grüne: Auch die Grüne-Fraktion ist für eine Rückweisung des vorliegenden Geschäfts. Die Ziele und Schwerpunkte der neuen OP können nicht im Rahmen von Bevölkerungsbefragungen und Grossgruppenkonferenzen festgelegt werden. Die Abstimmungsparolen der Gegner der OP06+ haben bereits klar aufgezeigt, in welche Richtung die neue Ortsplanung gehen muss. Kein Kulturlandverlust, innere Verdichtung und keine Zunahme des Verkehrs. Diese Vorgaben wären somit klar und einfach umzusetzen. Es gibt dabei nur ein kleines Problem: Den Kulturlandverlust, den Verkehr und auch die innere Verdichtung will man vor allem nicht vor der eigenen Haustüre und vor der eigenen Aussicht. Der Verkehr und die Kulturlandverluste in Richigen, Vielbringen und anderen Aussenorten stören jedoch nur eine kleine Minderheit. Einzonungen in den Aussenorten zahlen sich aber für die Entwicklung der Gemeinde nicht aus und ziehen grosse Investitionen in die dezentrale Infrastruktur und Erschliessung nach sich. Sie führen auch zu einer weiteren Zunahme des motorisierten Individualverkehrs. Daher sind dezentrale Einzonungen mit schlechter ÖV-Erschliessung aus raumplanerischer Sicht und auch aus Sicht der Grünen unerwünscht und entsprechen auch nicht der inneren Verdichtung. Das Komitee Worb/Rüfenacht bleibt grün setzt auf die innere Verdichtung – wir auch. Aber wo bitte? Wenn nicht im Hinderhaus oder in der Bächelmatt? Viel Neues ist da von Grossgruppenkonferenzen und Bevölkerungsbefragungen nicht zu erwarten. Daher weisen wir das vorgeschlagene Geschäft zurück. Die Analyse und Aufarbeitung der Argumente zur Abstimmung OP06+ muss von der Planungskommission und von Fachpersonen vorgenommen werden. Diese müssen dann genehmigungsfähige Vorschläge für die neue OP erarbeiten, was sicherlich eine grosse Herausforderung ist.

Suter Harry, EVP: Es ist schwierig hier zu sprechen, da die EVP in die bisherigen Voten nicht miteinbezogen worden ist. Nach der gescheiterten Volksabstimmung wäre es für die EVP richtig, wenn für die zukünftige Gemeindeentwicklung der Weg über eine zukünftige Ortsplanungsrevision geführt wird. Dies ist unbestritten, dies habe ich bereits herausgehört. Der vorliegende Kreditantrag würdigt den Rückblick, das detaillierte Vorgehen und zeigt die Erkenntnisse zu einer zukünftigen Ortsplanung auf. Dies habe ich soeben detailliert von Roland gehört. Diese Erkenntnisse sind auch klar in der Botschaft enthalten. Es wurde viel gesagt zum Vorgehen. Das Vorgehen ist schlussendlich eine Sache des Gemeinderates und es ist mir nicht klar, wie wir das beeinflussen können. Grundsätzlich nimmt die EVP die Botschaft an. Aber nach diesen Diskussionen, in welche die EVP nicht miteinbezogen wurde, wünsche ich einen Sitzungsunterbruch, damit wir uns noch über den Rückweisungsantrag unterhalten können.

Beschluss zum Ordnungsantrag auf Sitzungsunterbruch:

Der Antrag wird mehrheitlich angenommen (Der Sitzungsunterbruch dauert von 20.50 bis 21.00 Uhr. Die Protokollführerin).

Gemeindepräsident Gfeller Niklaus, Departementsvorsteher Planung: Ich habe vieles gehört, was mich sehr erstaunt. Zuerst: Diese Vorlage wurde vom Gemeinderat verabschiedet. Im Gemeinderat hat es zwei Mitglieder der FDP, zwei der SP, ein SVP und ein BDP-Mitglied sowie ein EVP-Mitglied. Jetzt alles auf die Person des Gemeindepräsidenten zu reduzieren scheint mir doch sehr, sehr, sehr einfach. Das Zweite was ich gehört habe ist, dass dasselbe Verfahren wie bei der OP06+ nochmals durchgespielt werden soll. Das Resultat ist bekannt. Nun soll man nochmals dasselbe durchspielen, wenn man doch die Rückmeldungen schon weiss? In Rüfenacht war es genau die Botschaft, dass die Bevölkerung nicht rechtzeitig miteinbezogen wurde. Dies wollen wir nun tun. Warum sollte dies nun der falsche Weg sein? Ich verstehe dies nicht. Ich beantrage einmal mehr, dass sie diesem Kredit zustimmen, damit wir mit der neuen Ortsplanung beginnen können. Roland von Arx hat es sehr schön gesagt. Die Planungskommission mit den Fachexperten soll nun mit der Arbeit beginnen. Genau das wollen wir. Aber diese Fachexperten müssen wir zuerst beauftragen und für die Beauftragung benötigen wir Geld. Ich bitte sie deshalb diesem Kredit zuzustimmen.

Beschluss zum Rückweisungsantrag der Fraktionen der FDP, Grüne, SP und SVP:

Der Antrag wird mit 26 zu 6 Stimmen bei einer Enthaltung angenommen.

Beschluss:

Mit 26 zu 6 Stimmen bei einer Enthaltung ist der folgende

#### Beschluss

entstanden:

1. Das Geschäft wird zur Überarbeitung an den Gemeinderat zurückgewiesen.
2. Die Ausführung dieses Beschlusses ist Sache des Gemeinderates.

## Postulat der SP-Fraktion betreffend Stopp dem Schleichverkehr

Sitzung	Datum	Traktandum	Beschlussesnummer	Geschäftsnummer	Archivnummer
Nr. 335	19.03.2012	7	2009/12-344	287	56/3/0

Fröhlich Viktor, SP: Dieses Zitat habe ich heute gelesen: „Wer glaubt, dass Volksvertreter das Volk vertreten, der glaubt auch, dass Zitronenfalter Zitronen falten“. Stopp dem Schleichverkehr, da gibt es eine breite Palette davon in Worb. Ich schildere mal einen bekannten Schleichweg. Der führt vom Sonnenkreisel in Rüfenacht nach Worb. Die Schleicherei beginnt beim Kreisel und führt dann über Vielbringen, Worb-SBB, Niederhaus und dann nach Richigen. Da gibt es zwei verschiedene Situationen. Beim ersten Teil ist ein Schulweg enthalten und zwar von Vielbringen zum Schulhaus Vielbringen. Dies ist eine relativ lange Strecke und eine relativ breite Strasse. Die Autos können da ungehindert kreuzen und kommen mit der entsprechenden Geschwindigkeit daher. Für die Schülerinnen und Schüler, welche da kein Trottoir zur Verfügung haben, ist dies ein relativ problematischer Weg. Eine andere Situation haben wir, wenn wir von Worb-SBB zum Niederhaus und dann



nach Richigen fahren. Da haben wir eine schmale, unbefestigte Strasse. Die Autofahrer annektieren da Land. Wenn gekreuzt werden muss, dann müssen die Autos immer aufs Land fahren. Die Strasse wird sukzessive breiter und das Land wird annektiert. Das kann die Gemeinde nicht brauchen und sie müsste da einschreiten und irgendwas mit baulichen Zeichen (Verkehrszeichen etc.) unternehmen. Ich komme zurück zu den Volksvertretern, die das Volk nicht vertreten. Die SP hat das Gefühl, dass wir das Volk genau hier vertreten.

Gemeinderat Kaufmann Jürg, Departementsvorsteher Sicherheit: Bereits am 22. Juni 2009 hat der GGR das Postulat der SP-Fraktion Stopp dem Schleichverkehr mit 16 zu 15 Stimmen als erheblich erklärt. Damals hat Fred Wirth die Situation blumig beschrieben, so wie es heute Viktor geschildert hat. Wir haben damals erläutert, dass die Mittel der Gemeinde sehr beschränkt sind um das Verkehrsaufkommen einzuschränken. Einerseits beschränkt es sich auf die Signalisationen und diese können schlecht kontrolliert werden. Andererseits sind es bauliche Massnahmen, welche hohe Kosten verursachen. Wir haben unsere Hoffnungen in die OP06 gesteckt. Wir hatten im Sinne, die Strasse von Worb SBB nach Richigen in der Hierarchie herunter zu stufen. Aufgrund der Ablehnung der OP06+ ist dies ebenfalls nicht möglich. Nach wie vor beschränkt sich unser Handlungsspielraum auf bauliche Massnahmen. Die durchschnittliche tägliche Verkehrsmenge auf der Rufenachtstrasse beträgt 1'022 Fahrzeuge pro Tag (43 Fahrzeug/Std.). Die Betrachtung des Verkehrsaufkommens während des Tages zeigt, dass auf der Rufenachtstrasse eine sehr ausgeprägte Abendspitze um ca. 17.00 Uhr besteht (140 Fahrzeuge/Std.). Der Schwerverkehrsanteil liegt bei 2%. Auf der Strecke Worb SBB–Richigen gibt es keine grosse Differenz zu Rufenacht. Der durchschnittliche tägliche Verkehr beträgt 1'350 Fahrzeuge, der Schwerverkehrsanteil bei 3%. Als Vergleich damit wir wissen von was wir sprechen: Verkehrsmenge der ETV 1'300. Strassen wie Richigenstrasse und Bernstrasse haben ein Verkehrsaufkommen, welches zehnmal so gross ist. Im Zusammenhang mit dem Projekt „Ersatz Hydrantenleitung und Vielbringen mit Strassengestaltungs- und Sanierungsmassnahmen“ wurde auf Stufe Projektstudie zur „Schulwegsicherung Vielbringen“ entwickelt. Darin enthalten ist die Markierung des Gehwegbereichs. Somit wird die Strasse schmaler und die Geschwindigkeit der Fahrzeuge reduziert sich. Über dieses Projekt werdet ihr zu gegebener Zeit beschliessen können. Ich hoffe doch sehr, dass dann die Kosten bewilligt werden. Mit der Ausgestaltung der Beitenwilstrasse respektive der Rufenachtstrasse wird auch die Attraktivität der „Umfahrung Süd“ gemindert, was auch dazuführen sollte, dass das Verkehrsaufkommen in Richigen reduziert wird. Im Moment wird da ein Pilotversuch durchgeführt. Dank der Baustelle des Hochwasserschutzes wurde der Hübeliweg vom Niederhaus nach Richigen gesperrt. Der Gemeinderat empfiehlt euch das Postulat anzunehmen. Wir werden es hoffentlich mit der Realisierung der Massnahmen in Vielbringen abschreiben können.

#### Beschluss:

Das Postulat der SP-Fraktion betreffend Stopp dem Schleichverkehr wird mit grossem Mehr als erheblich erklärt.

## Interpellation der Grüne-Fraktion betreffend Massnahmen zur Erhöhung der Sicherheit für Fussgänger/innen und Velofahrer/innen auf den Strassen der Gemeinde Worb

Sitzung	Datum	Traktandum	Beschlussesnummer	Geschäftsnummer	Archivnummer
Nr. 335	19.03.2012	8	2009/12-345	282	56/3/0

von Arx Roland, Grüne: Ich verzichte auf eine Begründung, da ich dies im Rahmen der Dringlichkeitsdiskussion bereits erläutert habe.

Gemeinderat Kaufmann Jürg, Departementsvorsteher Sicherheit: Den Interpellationstext kennt ihr ja, so dass wir direkt auf die Beantwortung der Fragen eingehen können.

Frage 1: Welche konkreten Massnahmen wurde im Rahmen der Postulate „Sichere und gesunde Schulwege“ und „Sichere Fussgängerstreifen“ (beide 2009) bereits umgesetzt oder sind in Planung? Mit den Schulleitungen und den Elternvertretern werden regelmässig Besprechungen durchgeführt. Im Rahmen dieser Gespräche wurden auch die Projekte „Pedibus“ und „Schuelzwäg“ mit lanciert und unterstützt. Die beiden Projekte sind sehr gut angelaufen. „Pedibus“ läuft unter der Verantwortung des Elternrates und das Projekt „Schuelzwäg“ wird von der Schulleitung des Primarstufenkreises Worb geführt. Beim „Pedibus“ können vor allem die jüngsten Kinder profitieren und da gestaltet sich die Rekrutierung der Eltern, welche in jedem Schuljahr neu durchgeführt wird, als nicht ganz einfach. Im Weiteren haben wir mit der Schulleitung des Primarstufenkreises Massnahmen studiert aufgrund des Vorstosses. Da ging es darum, dass der Verkehr vor dem Wydenschulhaus etwas eingedämmt werden kann. Ich war insgesamt sechs Stunden vor Ort und insgesamt haben wir drei Autos gezählt, welche da vorgefahren sind. Diese haben Schülerinnen oder Schüler ausgeladen oder abgeholt. Trotzdem haben wir mit Markierungen und einer baulichen Massnahme versucht die Situation zu entschärfen. Rückmeldungen von der Schulleitung habe ich noch keine erhalten.

Frage 2: Wurden die Fussgängerstreifen in der Gemeinde Worb schon einmal gesamthaft von Experten auf ihre Sicherheit überprüft? Dazu gilt zu sagen, dass die Kantonsstrassen und auch die Fussgängerstreifen auf den Kantonsstrassen im Besitz des Kantons sind. Für die Überprüfung ist der Oberingenieurkreis II zuständig. Der Kanton Bern hat im letzten Jahr sämtliche Schulwege und die Fussgängerstreifen untersucht. Mit den Schulleitungen haben wir dem Kanton die benötigten Unterlagen zugestellt und der Kanton arbeitet an der Auswertung. Im Weiteren hat der Kanton neue Planungsgrundlagen erarbeitet, die den Standard der Kantonsstrassen festlegen. Dabei werden auch die Fuss- und Radwegverbindungen besonders beachtet. Die ersten Abklärungen vom Kanton wurden bei der Rubigen-, der Enggiststein- und der Bollstrasse durchgeführt. Dies hat im Laufe des letzten Sommer stattgefunden. Daraus entstanden Vorstudien, die Schwachpunkte wurden analysiert und Konzepte wurden angedacht. Weiter sind diese Geschäfte noch nicht. Nach meinem Wissensstand sollen weitere Schritte im Frühling 2012 in Angriff genommen werden. Zu der Analyse der Überprüfung der Sicherheit. Wir haben im Rahmen des Projektes „Brennpunkte im öffentlichen Raum“ ebenfalls diese Thematik diskutiert und mit den Betroffenen vor Ort angeschaut.

Frage 3: Gibt es ein Konzept für ein Veloleitsystem in der Gemeinde Worb? Nein, das gibt es nicht.

Frage 4: Wie steht der Gemeinderat dem Vorschlag gegenüber, auf der Bahnhofstrasse unabhängig von der Umfahrung möglichst bald Tempo 30 einzuführen? Ich habe es bereits erwähnt, dass bei den Kantonsstrassen der Kanton zuständig ist. Er ist auch für das Tempo zuständig. Aus meiner Sicht spricht nichts gegen eine Temporeduzierung bei der Bahnhof- und Bernstrasse. Andererseits

müssen wir uns auch im Klaren sein, dass der Verkehr während der jetzigen Phase der Bauprojekte zunehmen wird und damit entsteht automatisch eine Temporeduktion. In der nächsten Zeit wird dies wohl nicht das Kernthema sein. Viel entscheidender scheint mir, dass Tempo 30 auf diesen Strassen bauliche Massnahmen bedingen und diese wiederum müssen durch den Kanton initiiert werden. Im jetzigen Zeitpunkt, wo die Verkehrssanierung gestartet wurde, ist der Kanton sicherlich nicht bereit, weitere Finanzen für „Provisorien“ bereitzustellen.

von Arx Roland, Grüne: Wir sind teilweise zufrieden mit der Beantwortung. Es ist nicht befriedigend, wenn die Gemeinde lediglich sagt, dass dies eine Kantonsstrasse ist und somit auch der Kanton zuständig ist. Dann hört man, dass der Kanton die gefährlichen Fussgängerstreifen eventuell ganz aufhebt. Ich finde die Gemeinde hat auch ein Interesse, dass sie ihre Anliegen beim Kanton stärker manifestiert und versucht durchzusetzen.

Gemeinderat Kaufmann Jürg, Departementsvorsteher Sicherheit: Ich habe nicht gesagt, dass wir uns nicht beim Kanton einsetzen. Ich habe lediglich die Zuständigkeit erläutert. Dass die Worber Strassen so schnell mit dem Standard-Konzept überprüft wurden, liegt in erster Linie daran, dass wir nachfragen und es uns wichtig ist, dass dieses Projekt vorwärts geht.

## Interpellation der FDP-Fraktion betreffend Information des GGR über Tätigkeiten der Regionalkonferenz Bern-Mittelland

Sitzung	Datum	Traktandum	Beschlussesnummer	Geschäftsnummer	Archivnummer
Nr. 335	19.03.2012	9	2009/12-346	283	10/22

Gemeindepräsident Gfeller Niklaus, Departementsvorsteher Präsidiales:

Frage 1: Welche aktuellen Geschäfte der Regionalkonferenz haben welche Auswirkungen auf unsere Gemeinde?

Bereich Raumplanung, Das Regionale Verkehrs- und Siedlungskonzept RGSK. Das RGSK ist ein Planungsinstrument für die mittel- bis langfristige Abstimmung von Siedlung und Verkehr in der Region Bern-Mittelland. Mit dem RGSK werden innerhalb der Region Siedlung und Verkehr aufeinander abgestimmt, wobei eine umweltgerechte Mobilität und ein lebenswertes Wohn- und Arbeitsumfeld angestrebt wird. Das RGSK wird alle vier Jahre überarbeitet. Unsere im Rahmen der OP06+ vorgesehenen Siedlungsbegrenzungen und unsere Absichten im Zusammenhang mit Landschaftsschutz stimmen mit dem RGSK überein.

Windkraftanlagen Bantiger Süd-Ost. Der für Windkraftanlagen ausgeschiedene Perimeter tangiert die Gemeinde Worb nur gerade entlang der Gemeindegrenze zu Vechigen. Der Schutz der Landschaft und Bevölkerung von Worb ist durch die übergeordneten Auflagen sichergestellt.

Teilregionaler Richtplan worbletalwärts. In diesem Projekt geht es um einen Fussweg durch das ganze Worblental entlang der Worble. Es dient der Gemeinde Worb, indem das neue Naherholungsgebiet entlang der Worble nicht an der Gemeindegrenze stoppt, sondern „worbletalwärts“ weitergeführt wird.

Abbau Deponie Transporte ADT. Die Standortplanung für Abbaustellen und Deponien ist Aufgabe der Planungsregionen. Worb ist darauf angewiesen, dass entsprechende Standorte in der Umgebung existieren.

Geoinformation Bern-Mittelland. Geoinformation Bern-Mittelland ist ein regionales geographisches Informationssystem (GIS). Es erlaubt eine einfache Nutzung von öffentlich zugänglichen Geodaten der Region. Dazu gehören alle Basisdaten aus der amtlichen Vermessung. Ein digitaler Übersichtsplan des Kantons Bern, Orthofotos, Zonenplan, Gefahrenkarte etc. sind darin gespeichert.

Bereich Verkehr. Zusätzlich zum RGSK hat die Regionalkonferenz Bern-Mittelland den Fokus auf den Langsamverkehr gelegt. Ziel ist es, dass die Infrastrukturen für den Langsamverkehr mit regionaler Bedeutung koordiniert erstellt und dann auch durch Kanton und Bund subventioniert werden. Bei diesem Projekt ist aktuell die Leitbildphase abgeschlossen worden. Wie ihr vor kurzem in der Zeitung lesen konntet, haben Kanton, Regionalkonferenz Bern-Mittelland und auch die Stadt Bern in einer gemeinsamen Studie untersucht, welche Auswirkungen die Einführung einer Strassennutzungsabgabe (Roadpricing) für die Region Bern hätte. Ausgangspunkt dieser Überlegungen waren der wachsende Verkehrsdruck in der Agglomeration und die schwierige finanzielle Situation der öffentlichen Hand. Auch wenn diese Studie sehr weit in die Zukunft blickt, ist Worb als Agglomerationsgemeinde von solchen Überlegungen massgeblich mit betroffen und wird sich rechtzeitig einbringen müssen.

Bereich Kultur, Kulturverträge 2012-201. Die Regionalversammlung hat 2011 den Kulturverträgen von Kanton, Stadt, Region und Burgergemeinde zugestimmt. Worb beteiligt sich wie bisher an der Finanzierung des Konzert Theaters, des Kunstmuseums, des Historischen Museums und des Zentrums Paul Klee.

Sanierung des Stadttheaters. Eine Gesamterneuerung des Stadttheaters ist unumgänglich. Worb hat in den Vernehmlassungsantworten von Parlament und Gemeinderat 2010 eine Mitfinanzierung zugesichert.

Bereich Wirtschaft. Strategie 2020 Wirtschaftsraum Bern. Die Kommission Wirtschaft hat in Zusammenarbeit mit dem Kompetenzzentrum „Wirtschaftsraum Bern“ die Strategie 2020 erarbeitet und bis Ende Februar 2012 in eine Vernehmlassung geschickt. Mit diesem Strategiepapier wird aufgezeigt, wie sich der Wirtschaftsraum Bern im immer härteren Standortwettbewerb mit den Metropolitanräumen der Schweiz behaupten soll. Von der angestrebten wirtschaftlichen Aktivität der Region wird auch Worb profitieren.

Bereich Soziales. Projekt gggfon. Dieses konkrete Angebot für Fragen und Probleme aus den Bereichen Gewalt und Rassismus ist nur in regionalem Rahmen realisierbar und finanziert. Worb hat bis jetzt hier auch mitgemacht. In Zukunft wird sich Worb aber nicht weiter daran beteiligen.

Regionale Alterspolitik. Die Kommission Soziales der RKBM beabsichtigt, eine regionale Altersplanung für die RKBM zu erarbeiten. Damit soll für den stationären Bereich der Altersbetreuung eine sinnvolle Verteilung der begrenzten Bettenzahl gewährleistet werden. Für die Gemeinde Worb ergibt sich hier die Chance, dass Planungsfehler aus früheren Jahren in unserem Sinne korrigiert werden können. Im Moment ist die Situation so, dass für unser Gemeindegebiet zu wenig Betten zur Verfügung stehen. Dies sollte dann korrigiert werden können.

Frage 2: Besteht im Gemeinderat ein Konzept zur Information über die Tätigkeiten der Regionalversammlung, die Auswirkungen auf unsere Gemeinde haben? Gemäss der Geschäftsordnung informiert der Gemeinderat den GGR frühzeitig und umfassend über die Geschäfte der Regionalkonferenz. Der Gemeinderat hat zu diesem Zweck ein Extranet eingerichtet. Die Praxis hat aber rasch gezeigt, dass die Regionalkonferenz ausserordentlich ausführlich und gut informiert. Sie versendet regelmässig einen Newsletter, den jede interessierte Person abonnieren kann, sie veröffentlicht die Einladungen und Beschlüsse der Regionalversammlungen in allen Anzeigern ihres Einzugsgebiets und zudem können alle Unterlagen zu den Geschäften der Regionalversammlung auf der Website der Regionalkonferenz eingesehen werden. Als wir festgestellt haben, dass die Regionalkonferenz sehr transparent und frühzeitig informiert, haben wir per E-Mail allen Parlamentsmitgliedern den Vorschlag unterbreitet, das eigene Angebot per Extranet nicht weiter aufrechtzuerhalten. Wir haben

keine Rückmeldung erhalten, dass man an diesem Angebot festhalten soll und haben deshalb in der Folge darauf verzichtet. Selbstverständlich behält der Gemeinderat sich weiter vor, das Parlament unter dem Traktandum Mitteilungen über Geschäfte oder Beschlüsse zu informieren, die für die Gemeinde Worb von besonderer Bedeutung sind.

Frage 3: Wie stellt der Gemeinderat sicher, dass der GGR über die wichtigen Geschäfte der Regionalkonferenz zeitgerecht informiert wird? Wie bereits erläutert, sorgt die Regionalkonferenz selber für die zeitgerechte Information. Der Gemeinderat behält sich aber weiter vor, das Parlament über Geschäfte zu informieren, die für die Gemeinde Worb von besonderer Bedeutung sind.

Frage 4: Wie steht der Gemeinderat zur Idee, ein Standardtraktandum bezüglich Regionalkonferenz in die Jahresplanung der GGR-Sitzungen aufzunehmen? Der Gemeinderat erachtet ein Standardtraktandum als nicht geeignet. Jährlich finden nur zwei Regionalversammlungen statt, jedoch acht Sitzungen des GGR. Zweckmässiger erscheint, dass eine Information des GGR erfolgt, wenn dies aufgrund der Bedeutung eines Geschäftes angemessen ist.

Frage 5: Kann sich der Gemeinderat vorstellen, das Thema Regionalkonferenz als separates Kapitel im jährlichen Verwaltungsbericht aufzunehmen? Der Gemeinderat ist der Meinung, dass die Regionalkonferenz nicht als eigenes Thema im Verwaltungsbericht aufgeführt werden sollte. Die Regionalkonferenz erstellt selber einen Jahresbericht. Vielmehr sollen in unserem Verwaltungsbericht unter dem verantwortlichen Departement Projekte und Geschäfte der Regionalkonferenz thematisiert werden, wenn sie für die Gemeinde eine besondere Bedeutung haben.

Frage 6: Hat der Gemeinderat eine Strategie, wie er unsere Gemeinde in der Region positionieren will und wie er dies in der Regionalkonferenz zum Tragen bringen will? Nach den Erfahrungen des Gemeinderates hat eine einzelne Gemeinde unserer Grösse in der Regionalkonferenz mit insgesamt 97 Gemeinden allein kein starkes Gewicht. Zweckmässiger und erfolgreicher ist es, wenn sich mehrere Gemeinden zusammenfinden und gemeinsam Stellung beziehen. Aus diesem Grund treffen sich die Gemeindepräsidenten des Worblentals jeweils vor den Regionalversammlungen, wenn Geschäfte vorliegen, die sich spezifisch auf unseren Sektor auswirken. Das Ziel dieser Treffen ist, dass wir unsere Anliegen austauschen und in der Regionalversammlung dann möglichst einheitlich auftreten können.

Blumer Jacques, FDP: Wir könnten auch Französisch sprechen, dann würden wir vielleicht sprachlich noch ein bisschen weiter kommen. Wir haben den Eindruck, dass die Auswirkungen der Regionalkonferenz auf die Gemeinde allzu unkritisch hingenommen werden. In der Annahme, dass dort alles zum Wohle von Worb passiert. Es scheint, als wird dabei vergessen, dass die Regionalkonferenz relativ neu zwischen Gemeinde und Staat eingeführt wurde und nicht überall auf grosse Gegenliebe stösst. Die Abstimmung vom 11. März 2012 hat dies gezeigt. Im Oberaargau wurde dieses neue Instrument abgelehnt, im Emmental wurde es angenommen. Wir haben mit der Regionalkonferenz ein Stück Gemeindeautonomie verloren und das erwähnte Unbehagen ist in anderen Gemeinden auch da. Ich verweise da auch auf die Agglomerationstagung vom 4. November 2011. Die Unterlagen solltet ihr alle erhalten haben. Ich möchte hier nicht zitieren, aber ich möchte hier wärmstens empfehlen, die Seiten 24, 25 und 32 zu lesen. Dort sieht man die Probleme betreffend der Informationsproblematik. Da besteht nicht nur in Worb Unbehagen, sondern auch an anderen Orten. Ich und die FDP sind enttäuscht, dass die Mitglieder des GGR nicht besser informiert werden sollen und es ist für mich müssig, dass man immer auf die Website und die Informationspolitik der Regionalkonferenz hinweist. Im Weiteren erstaunen mich auch die Sitzungen und Absprachen mit den Gemeinden des Worblental. Ist wirklich das Worblental dasjenige Gebiet, dass das Regionalzentrum Worb umfasst? Sind dies nicht andere Gemeinden? Deshalb von uns die dringliche Bitte an den Gemeinderat, den GGR laufend zu informieren. Dies wurde auch zwischen den Zeilen er-

wähnt, dass der Gemeinderat bei wichtigen Geschäften informiert, aber dies sollte er auch zwischen wichtigen Geschäften tun.

## Interpellation der EVP-Fraktion betreffend Sanierung von gemeindeeigenen Liegenschaften

Sitzung	Datum	Traktandum	Beschlussesnummer	Geschäftsnummer	Archivnummer
Nr. 335	19.03.2012	10	2009/12-347	288	24/10

Gemeinderat Gimmel Jonathan, Departementsvorsteher Finanzen: Ich möchte zu dieser wichtigen Interpellation Stellung nehmen, wichtig deshalb, weil sie ein Thema anschneidet, welches von Bedeutung ist. Immerhin geben wir jährlich 2 Mio. Franken alleine für den Hochbau-Unterhalt aus. Was hier von der EVP befragt wird, ist auch für die übrigen Bereiche bedeutsam, auch wenn wir hier von Liegenschaften des Verwaltungsvermögens sprechen. Ich spreche von rund CHF 650'000.- im baulichen Unterhalt. Darin sind Maler-, Sanitär-, Schreiner- und Schlosserarbeiten. Rund eine halbe Million für den betrieblichen Unterhalt, sprich Rasen- und Heckenpflege, Serviceabonnemente usw. sowie Unterhaltsarbeiten im Rahmen der Investitionsrechnung. Aus den 2 Mio. Franken sind in den letzten Jahren lediglich 10% im Bereich der Liegenschaften im Finanzvermögen gefallen. In „normalen“ Jahren ist dieser Anteil noch viel tiefer. Wir besitzen ja fast keine Liegenschaften und schon gar nicht solche, bei denen sich der Unterhalt lohnt. Bei denjenigen, wo wir massiv investieren müssen, diese müssen wir ja gemäss Strategie veräussern. Es ist also eine spezielle Situation. Eingehend war ich auch ein bisschen irritiert, wie man zu so viel Detailwissen kommt, bis ich dann gemerkt habe, dass jemand des GGR in dieser Liegenschaft wohnt. Es freut mich natürlich sehr, dass eine der raren Gemeindeliegenschaften von einer Familie benützt wird. Generell befinden wir uns ja hier im Bereich des öffentlichen Beschaffungswesens, für welches sehr viele Spielregeln festgehalten worden sind. Dabei geht es im Wesentlichen darum, einen offenen und fairen Wettbewerb sicherzustellen, so dass Gewerbebetriebe auch zwischen den Gemeinden echte Chancen haben. Es soll kein „Heimatschutzkontext“ generiert werden. Alleine die Gemeinde Worob kann kaum so viele Gewerbebetriebe finanzieren. Es ist wichtig, dass ein interkommunaler Wettbewerb stattfindet, namentlich auch was die Stadt Bern und den Kanton anbelangt. Grundsätzlich werden verschiedene Verfahren berücksichtigt. Das offene Verfahren ist vor allem bei den grossen Projekten massgebend. Beim selektiven Verfahren werden die Schwellenwerte gleich behandelt. Beim Einladungsverfahren werden nur einige Betriebe berücksichtigt und da ist in der Regel lediglich der Preis ausschlaggebend. Ebenfalls gibt es noch das freihändige Verfahren. Zu den 2 Mio. Franken, welche ich erwähnt habe, möchte ich sagen, dass beim baulichen und betrieblichen Unterhalt die Arbeiten vorwiegend von Worber Betrieben ausgeführt werden. Dies ist beim öffentlichen Raum oder bei den Schulhäusern ersichtlich. Der Anteil an freihändigen Vergaben ist sehr gross. Der Fokus liegt nun lediglich auf Liegenschaften des Finanzvermögens. Es ist ein Wohnobjekt und somit dient es nicht einem öffentlichen Zweck, aber es gehört in das Portfolio der Liegenschaften des Finanzvermögens. Nun möchte ich auf die gestellten Fragen eingehen.

Frage 1: Hat der Gemeinderat Kenntnis von den berücksichtigten Gewerbebetrieben bei Renovationen von gemeindeeigenen Liegenschaften? Nein, das hat er nicht. Über Aufträge im Sanierungs- und Unterhaltsbereich, die im freihändigen Verfahren erteilt werden, wird der Gemeinderat im Normalfall nicht explizit informiert. Bei den grösseren Verfahren legt er die Eignungs- und Zuschlagskriterien fest.

Frage 2: Ist der Gemeinderat nicht auch der Meinung, dass bei gemeindeeigenen Liegenschaften zumindest auch Gewerbebetriebe der Gemeinde berücksichtigt werden sollten? Selbstverständlich ist auch der Gemeinderat der Meinung, dass Gemeindeaufträge, wenn immer möglich, durch ortsansässige (in der Gemeinde Worb ansässige) Firmen ausgeführt werden sollen. Doch ich habe bereits die Spielregeln dieses Systems erklärt. Bei der angesprochenen Sanierung in Richigen trifft es übrigens nicht zu, dass keine Worber Gewerbebetriebe berücksichtigt wurden. Alle Sanierungsarbeiten, die vor dem Einzug der neuen Mieterschaft ausgeführt wurden und ein Auftragsvolumen von rund 25'000 Franken umfassten (Malerarbeiten, Bodenbeläge usw.), wurden durch Worber Firmen ausgeführt. Es ist deshalb kein Projekt, welches nur von auswärtigen Betrieben durchgeführt wurde. Mehrheitlich sind es auswärtige Betriebe und ich nehme diese Feststellung zur Kenntnis und möchte dies kurz ausführen. Da auch bei Aufträgen, die im freihändigen Verfahren vergeben werden, ein korrektes Submissionsverfahren eingehalten wird, werden stets mehrere und auch auswärtige Firmen zur Offertstellung eingeladen. Liegenschaften im Finanzvermögen, sprich Wohnungen, welche einen Mieterwechsel haben, sind weniger gut planbar als Schulhäuser oder ähnliches. Bei der Sanierung von Wohnungen, die vielfach kurzfristig bei einem Mieterwechsel durchgeführt werden müssen, spielt neben der fachlichen Qualifikation und dem Preis auch die zeitliche Verfügbarkeit einer Firma eine wesentliche Voraussetzung für die Arbeitsvergabe. Es kommt deshalb immer wieder vor, dass Firmen auf Aufträge verzichten müssen, weil sie diese nicht im vorgesehenen Zeitrahmen ausführen können. Im Falle des Lehrerhauses in Richigen war die Sanierung der Wohnung im 1. Obergeschoss vor dem Einzug der neuen Mieterschaft im Februar 2011 vorgesehen. Bei der Planung der Sanierung zeigte sich, dass in beiden Wohnungen verschiedene Leitungen aufgrund ihres Alters ersetzt werden müssen. Hinzu kam, dass im Erdgeschoss sowohl die Küche wie auch das Bad sanierungsbedürftig waren und die Mieterschaft ebenfalls eine Sanierung begrüsst. Deshalb wurde die Wohnung im Erdgeschoss in die Sanierung einbezogen. Aufgrund dieser Ausgangslage musste ein grosser Teil der Arbeiten auf November 2011 verschoben werden. Für die meisten Arbeiten musste demzufolge nochmals ein Submissionsverfahren durchgeführt werden. Dabei wurden wiederum Worber Firmen zur Offertstellung eingeladen. Bedingt durch die zeitliche Verschiebung und die offenbar gute Auslastung der Worber Gewerbebetriebe haben einige der ortsansässigen Firmen keine Angebote eingereicht oder eine Ausführung aus zeitlichen Gründen abgelehnt. Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass die Arbeitsvergabe im vorliegenden Fall, wie auch in der Vergangenheit, korrekt erfolgte.

Frage 3: Gedenkt der Gemeinderat aktiv zu werden, dass bei Renovationen von gemeindeeigenen Liegenschaften auch Worber Gewerbebetriebe berücksichtigt werden? Aufgrund der Tatsache, dass für Worber Gewerbebetriebe die gleichen Kriterien gelten wie für auswärtige Firmen, werden bei Renovationen Worber Gewerbebetriebe stets auch zur Offertstellung eingeladen und können die Arbeiten ausführen, wenn sie die Submissionskriterien erfüllen. Die Auftragserteilung gemäss Submissionsvorschriften erfolgt und die Departemente und Verwaltungsabteilungen diese auch bei Aufträgen Dritter sicherstellen, sieht der Gemeinderat keinen Bedarf zur Intervention. Arbeitsvergaben aufgrund des Kriteriums „Ortsansässigkeit“ sind nicht zulässig. Gleichzeitig möchte ich betonen, wie wichtig diese Spielregeln sind, damit auch bei öffentlichen Vergaben ein fairer Wettbewerb stattfindet.

## Einfache Anfrage der EVP-Fraktion betreffend Familienzentrum

Nr. 335	19.03.2012	11	2009/12-348	428	41/81
---------	------------	----	-------------	-----	-------

Gemeinderat Stoll Hanspeter, Departementsvorsteher Soziales: Die EVP-Fraktion hat am 6. Februar 2012 eine Einfache Anfrage betreffend Familienzentrum eingereicht und zwei Fragen gestellt. Dies obschon dieser Rat ja im Dezember einen Vorstoss der SP betreffend eines Freizeit- und Familienzentrums als nicht erheblich erklärt hat. Aber ich nehme trotzdem Stellung zu diesen Fragen.

Frage 1: Hat der Gemeinderat die Absicht, das Anliegen eines Familienzentrums weiterzuverfolgen? Der Gemeinderat nimmt den Wunsch zur Schaffung eines Familienzentrums zur Kenntnis. Unter Berücksichtigung der Wichtigkeit und Dringlichkeit weiterer Anliegen im Sozialbereich (z.B. familienergänzende Kinderbetreuung, Fachstelle für Altersfragen, Ausbau Wohn-, Pflege- und Betreuungsmöglichkeiten für Seniorinnen), der fehlenden räumlichen Angebote und der knappen finanziellen Ressourcen ist jedoch in absehbarer Zeit nicht vorgesehen, das Anliegen aktiv weiterzuverfolgen.

Frage 2: Ist der Gemeinderat daran interessiert, eine Kooperation mit dem „MüZe“ Muri-Gümligen zu prüfen? Der Gemeinderat ist an jedem Angebot und jeder Kooperation interessiert, welche Lücken schliessen, Nachbarschaftshilfe und Selbsthilfe unterstützen, sowie bestehende Angebote ergänzen oder erweitern. Auf die explizite Prüfung einer Kooperation mit dem Mütter-Zentrum Muri-Gümligen wird aber aufgrund der genannten Prioritäten verzichtet.

## Einfache Anfrage der SP-Fraktion betreffend Auswirkungen der neuen FILAG (Finanzlastenausgleich) auf Worb

Sitzung	Datum	Traktandum	Beschlussesnummer	Geschäftsnummer	Archivnummer
Nr. 335	19.03.2012	12	2009/12-349	430	21/47

Gemeinderat Gimmel Jonathan, Departementsvorsteher Finanzen: (Foliensatz). Falls ich es richtig verstanden habe, wurde die Einfache Anfrage motiviert durch einen Artikel in der Zeitung „Bund“.

Frage 1: Wie wirkt sich der neue FILAG auf die Gemeinde Worb, im Besonderen auf die Finanzierung des Bildungswesens aus? Die Finanzierung des Lastenausgleichs Lehrerbesoldung wird auf den 1. August 2012 neu geregelt. Der Beitrag der Gemeinde richtet sich neu nach den Schülerzahlen und den Stellenprozenten der Lehrpersonen. Jede Gemeinde kann somit ihren Beitrag an den Lastenausgleich Lehrerbesoldung selber beeinflussen. Je nach Klassengrößen und Schulstrukturen können in der Gemeinde zum Teil erhebliche Mehrausgaben entstehen. Geregelt werden in diesem Fall nur die Kosten der Lehrerlöhne. Die Bereitstellung der Infrastrukturen ist zusätzlich Aufgabe der Gemeinde. Ich beziehe mich bei meinen Ausführungen also nicht noch auf die Kosten/Bereitstellung der Infrastrukturen. Die Finanzierung wird in einen solidarisch und einen eigenverantwortlich finanzierten Bereich im Verhältnis 50 zu 50% aufgeteilt. Den solidarischen Teil übernimmt der Kanton. Die 50% des eigenverantwortlichen Teils werden nochmals unterteilt in 20% und in 30%. Zur Finanzierung des eigenverantwortlichen Teils wird der Rest des Kantonsanteils in abgestufte Schülerbeiträge umgewandelt: Diese bestehen aus einem für alle Gemeinden gleichen Basisbetrag und zwei Zusatzbeiträgen, welche die unterschiedlichen Belastungen einer Gemeinde durch die Volksschule ausgleichen sollen. 1. Ein Schulsozialindex zeigt die sozialen Belastungen der Gemeinden auf und wird zur Berechnung eines Zusatzbeitrags für die besonderen Massnahmen verwendet. 2. Ein Schullastenindex zeigt die Lasten aus der Topografie, der Siedlungsstruktur und den unterschiedlichen Schüleranteilen der Gemeinden auf und wird zur Berechnung eines Zusatzbeitrages für den Regelunterricht verwendet. Es gibt also Korrekturfaktoren und diese wirken sich auf diese 20% aus. Damit bleibt den einzelnen



Gemeinden im eigenverantwortlichen Teil der Finanzierung ein Restbetrag, der im Durchschnitt aller Gemeinden 30% beträgt. Spannend ist der Umgang mit diesen 20%, welche sich anhand der Klassengrößen usw. zusammensetzt. Jede Gemeinde muss eine Schuljahresplanung erstellen, in der sie die zukünftige Entwicklung der Kinder und der Anzahl Stellenprozente der Lehrpersonen kalkuliert. Gestützt auf diese Werte kann sie den zukünftigen Beitrag an den Lastenausgleich Lehrerbeseoldung berechnen. Der Gemeinderat muss diesen Beitrag jeweils bis Ende April beschliessen. Die Ausgaben gelten ab diesem Zeitpunkt als gebunden. Dieser Betrag gilt für das Jahr und da dies ein gebundener Aufwand ist, kann dieser auch nicht vom Parlament im Budget verändert werden. Die Auswirkungen des neuen Gesetzes über den Finanz- und Lastenausgleich wurden anhand einer vom Kanton zur Verfügung gestellten Kalkulationsdatei berechnet. In den Voranschlag 2013 wurden als gebundener Aufwand 4.15 Mio. Franken aufgenommen. Dies entspricht einer Kostensteigerung von rund CHF 300'000.-. Da die neue Finanzierungsregelung bereits ab August 2012 in Kraft tritt, muss auch für das Jahr 2012 mit einem Mehraufwand gerechnet werden, welcher rund CHF 130'000.-Franken ausmachen dürfte. Dies sind stolze Beträge für die Gemeinde Worb.

Frage 2: Welche Strategien hat der Gemeinderat um auf eine allfällige Mehrbelastung zu reagieren? Der Gemeinderat hat sowohl eine Schuljahresplanung als auch eine Schulraumplanung erarbeitet. Die Schuljahresplanung gibt einen Überblick über die zukünftige Anzahl Klassen, die zukünftige Anzahl Schülerinnen und Schüler und die zukünftige Anzahl Vollzeiteneinheiten der Lehrpersonen. Im Rahmen dieser Planung werden die Klassengrößen überprüft und allfällige Optimierungen mit den Schulleitungen und dem Departement Finanzen besprochen. Damit ist klar, dass der Lead für diesen Prozess im Departement Bildung liegt. Das Departement Bildung gestaltet diese Bildungsprozesse mit den Bildungsinstitutionen in unserer Gemeinde von Grund auf. Die Schulleitungen und die Bildungskommission werden in diesen Dialog miteinbezogen. Dabei geht es auch darum, das Potential zu orten. Ich spreche von Klassengrößen und anderen Fragen, welche geklärt werden müssen. Wie gesagt, es geht auch um die Infrastruktur. Und hier lautet das Stichwort Schulraumplanung. In der Schulraumplanung sind die aktuellen Pendenzen bezüglich Schulraums aufgenommen und analysiert worden, ebenfalls vom Departement Bildung. Dabei hat sich gezeigt, dass einige Pendenzen Fragen zur Schulorganisation allgemein nach sich ziehen. Der Gemeinderat hat beschlossen, diese Fragen öffentlich zur Diskussion zu stellen und im Herbst eine Bevölkerungsbefragung durchzuführen. Bereits heute wurden die Lehrpersonen vom Departementvorsteher informiert. Am 21. März 2012 findet um 19.00 Uhr im Schulzentrum Worboden eine öffentliche Informationsveranstaltung statt.

## Einfache Anfrage der SP-Fraktion betreffend Schliessung diverser Geschäfte und Wegzug von Unternehmen

Sitzung	Datum	Traktandum	Beschlussesnummer	Geschäftsnummer	Archivnummer
Nr. 335	19.03.2012	13	2009/12-350	431	31/61

Gemeindepräsident Gfeller Niklaus, Departementvorsteher Präsidiales: Nun die Antworten zu dieser Einfachen Anfrage der SP-Fraktion. Das Ladensterben ist nicht nur in Worb ein Thema, sondern gemäss der Credit Suisse ein schweizweiter Trend. In ihrem „Swiss Issues Branches Retail Outlook 2012“ stellt die Credit Suisse fest, dass das Ladensterben nicht nur Läden in ländlichen Gebieten betrifft, sondern auch vermeintlich krisensichere Standorte wie Innenstädte. In der Schweiz schloss zwischen 1998 und 2008 mehr als jedes zehnte Geschäft seine Tore. Gemäss der Credit Suisse ist das aber nicht etwa ein Zeichen für den Niedergang des Detailhandels. Die Summe der Verkaufsflächen ist nämlich ungefähr konstant geblieben. Es passiert letztlich nichts anderes, als dass kleine-

ren Verkaufsflächen zu grösseren, rentableren Läden von Verkaufsketten zusammengelegt werden. Das hat damit zu tun, dass auch hier die Arbeitsproduktivität gesteigert wird.

Frage 1: Sind dem Gemeindepräsidenten bereits weitere Schliessungen von Geschäften oder der Wegzug von Unternehmen bekannt? Dem Gemeinderat sind keine weiteren Schliessungen von Geschäften oder der Wegzug von Unternehmen bekannt.

Frage 2: Was gedenkt der Gemeindepräsident zu unternehmen, dass nicht noch mehr Geschäfte geschlossen werden oder Unternehmen aus Worb wegziehen? Die Gründe für diese Geschäftsschliessungen sind vielfältig: Probleme bei der Nachfolgeregelung, zu kleine Margen, die Verkehrssituation oder die Nähe zu grossen Einkaufszentren. Der Gemeinderat kann vor allem im Bereich der Verkehrssituation einwirken. Er wird die vorgesehene Umgestaltung von Bahnhof- und Bernstrasse, die im Rahmen der Verkehrssanierung erfolgt, noch einmal unter diesem Gesichtspunkt kritisch überprüfen.

Frage 3: Wie und wann gedenkt der Gemeinderat sicherzustellen, dass seine Ziele in Sachen Wirtschaft auch tatsächlich in Angriff genommen und umgesetzt werden? Die gemeinderätlichen Ziele in Sachen Wirtschaft befinden sich in Umsetzung. Der Spatenstich zum Bau der Verkehrssanierung Worb ist vor kurzem erfolgt. Damit wird insbesondere der Entwicklungsschwerpunkt Worbmarkant besser erschlossen. Im Rahmen der Verkehrssanierung Worb werden auch die Bahnhof- und die Bernstrasse umgestaltet. Der Gemeinderat wird, wie erwähnt, die vorgesehene Umgestaltung noch einmal kritisch überprüfen, damit die Bedürfnisse des Detailhandels gebührend berücksichtigt werden. Ebenfalls in Realisierung befindet sich das Sportzentrum Worb. Der Gemeinderat erachtet das Sportzentrum als attraktiven Frequenzbringer für den Worber Detailhandel. Eine zentrale Möglichkeit, die Rahmenbedingungen zu verbessern, hätte die Revision der Ortsplanung dargestellt. Leider wurde die erste Vorlage abgelehnt. Da die zweite Vorlage heute Abend abgelehnt wurde, kann der Start nicht so erfolgen, wie wir es uns vorgestellt haben. In Planung befindet sich das Projekt 3-Klang. Nach Einschätzung des Gemeinderates wertet auch dieses Projekt Worb als Einkaufsstandort auf. Zur Umsetzung des Ziels „Förderung von Innovation und Wertschöpfung“ vergibt die Gemeinde regelmässig im Rahmen des Worber Wirtschaftsapéros einen Wirtschaftspreis. Im letzten Jahr haben wir ja bekanntlich die Firma Egger AG und die KWT mit diesem Preis beehrt. Schliesslich setzt sich die Gemeinde auch für eine gute Zusammenarbeit mit den ansässigen Unternehmen ein. Behörden und Verwaltung unterstützen die Unternehmen mit einer raschen Behandlung ihrer Anliegen. Von Frau Berger, Inhaberin der Confiserie Berger, erhielten wir die Rückmeldung, dass die Zusammenarbeit ausserordentlich gut war und dies freut uns natürlich sehr. Jährlich finden zudem Kontaktgespräche mit ausgewählten Unternehmen statt, um deren Bedürfnisse festzustellen. Der Schwerpunkt der diesjährigen Gespräche liegt im Bereich Detailhandel. An diesen Gesprächen nimmt eine Delegation der Ortsmarketing-Kommission teil sowie häufig auch eine Vertretung des Wirtschaftsraums Bern und der Berner Wirtschaftsförderung.

## Einfache Anfrage der FDP-Fraktion betreffend Auf dem Weg zur Schlafgemeinde?

Sitzung	Datum	Traktandum	Beschlussesnummer	Geschäftsnummer	Archivnummer
Nr. 335	19.03.2012	14	2009/12-351	434	31/61

Gemeindepräsident Gfeller Niklaus, Departementsvorsteher Planung:

Frage 1: Welche Massnahmen trifft der Gemeinderat, um dem fortschreitenden Ladensterben entgegen zu wirken? Diese Frage ist bereits bei der Einfachen Anfrage der SP-Fraktion beantwortet worden.

Frage 2: Ist es dem Gemeinderat in dieser Legislaturperiode durch direkte Mitwirkung gelungen, in unserer Gemeinde neue Betriebe anzusiedeln? Wie schon bei der Beantwortung der Einfachen Anfrage der SP-Fraktion ausgeführt, ist die Aufgabe des Gemeinderates die Standortpolitik. Die Aufgabe der Standortpolitik ist es, die richtigen Strategien zur Entwicklung eines Standortes festzulegen und entsprechende Massnahmen durchzuführen. Die Mittel der Standortpolitik liegen in erster Linie in der Raumplanung, in der Investitionsplanung, in der Bildungspolitik und in der Steuer- und Gebührenpolitik. Die Ziele der Standortpolitik sind in der Gemeindeentwicklung 2009/12 festgehalten. Die Aufgabe des Standortmarketings ist eine andere. Hier geht es um das Verkaufen des Standortes. Hier strebt die Gemeinde in erster Linie eine enge Zusammenarbeit mit dem Wirtschaftsraum Bern an. Warum? Erfahrungsgemäss suchen Unternehmen ihre Standorte nicht primär auf der Ebene Gemeinde, sondern auf der Ebene Region. Sie wollen nicht die verschiedenen Homepages der Gemeinden abklappern, sondern an einer zentralen Stelle Auskunft über mögliche Standorte erhalten. Deshalb ist der enge Kontakt mit dem Wirtschaftsraum Bern für die Gemeinde von grosser Bedeutung. Ergänzend widmet sich auch die Ortsmarketing-Kommission dem Thema Standortmarketing.

Frage 3: Gemäss den Aussagen des Gemeindepräsidenten anlässlich der Gewerbeausstellung Woxpo ist Hauptsache, dass Betriebe in der Region angesiedelt werden. In welcher Gemeinde sei zweitrangig. Steht diese Haltung nicht im Widerspruch zu den Interessen der Gemeinde Worb? Die Gemeinde Worb ist Bestandteil der Agglomeration Bern. Nur wenn die gesamte Agglomeration als wirtschaftlich dynamisch und attraktiv wahrgenommen wird, siedeln sich hier auch Unternehmen an. Worb kann wegen seiner Grösse und seiner Nähe zur Stadt Bern von sich aus keine solche Dynamik entfachen, sondern sie höchstens unterstützen. Wenn die Unternehmen die Agglomeration Bern als dynamisch und attraktiv wahrnehmen, so profitiert davon auch Worb, sei es durch die Ansiedlung von Unternehmen oder den Zuzug von Einwohnerinnen und Einwohnern. In diesem Sinn ist die Aussage des Gemeindepräsidenten kein Widerspruch zu den Interessen der Gemeinde Worb.

Frage 4: Wie will sich der Gemeindepräsident als Präsident der Teilkonferenz Wirtschaft für die wirtschaftliche Entwicklung aller Mittelland-Gemeinden einsetzen und gleichzeitig möglichst viele Betriebe nach Worb holen? Ich bin nicht Präsident der Teilkonferenz Wirtschaft, sondern nur Präsident der Kommission Wirtschaft. Wie bereits bei Frage drei ausgeführt, profitiert Worb von der wirtschaftlichen Dynamik der gesamten Agglomeration. Das Engagement der Gemeinde auf der Ebene der Teilkonferenz Wirtschaft geht damit Hand in Hand mit dem Engagement für die Gemeinde Worb. Im Bereich der Teilkonferenz Wirtschaft wird versucht, das Gebiet der Gemeinden, die in der Teilkonferenz Wirtschaft mitmachen, als Wirtschaftsmotor des Kantons Bern darzustellen. Die Kommission Wirtschaft arbeitet aber nur im strategischen Bereich. Ich erachte die Mitarbeit in der Kommission Wirtschaft und die Kontakte mit dem Wirtschaftsraum als wichtig und als sehr wertvoll für die Gemeinde Worb. Damit kann ich die Bedeutung und das Engagement des Wirtschaftsstandorts Worb klar dokumentieren. Es ist unbestritten, dass eine wirtschaftlich engagierte Gemeinde attraktiv ist für neue Unternehmen. Letztlich geht es dann darum, dass sich die Unternehmen, die in den Wirtschaftsraum Bern ziehen, dann auch für den Standort Worb entscheiden.

**Postulat der SVP-Fraktion betreffend Erhaltung des Bauernhauses Hinderhus in Rüfenacht**

Sitzung	Datum	Traktandum	Beschlussesnummer	Geschäftsnummer	Archivnummer
Nr. 335	19.03.2012	15	2009/12-352	477	31/0/1

„Der Gemeinderat wird beauftragt zu prüfen, ob das alte Bauernhaus Hinderhus in Rüfenacht anstelle des Abbruchs einer angemessenen Wohnnutzung überführt werden kann. Zu überprüfen ist, ob das Haus mit dem Ensemble des Stöcklis zum Ortsbild gehört und deshalb erhaltenswert ist, was gemäss Eidg. Raumplanungsgesetz Art. 24, respektive Raumplanungsverordnung Art 39 eine erweiterte Fremdnutzung ermöglicht. Daher ist mit der Hinderhus-Erbengemeinschaft André und Irène Perrin unverzüglich das Gespräch zu suchen.

Begründung:

Der Gemeinderat ist seit mehreren Monaten über die Abbruchpläne des Rüfenachter Bauernhauses Hinderhus durch die Erbengemeinschaft Perrin im Bild. Im Namen besorgter Bewohner informierte der im Ort ansässige Historiker Dr. Marco Jorio den Gemeinderat über die historische Bedeutung des Bauernhauses und regte brieflich am 14. November 2011 die Beurteilung der Schutzwürdigkeit des über 200-jährigen Bauernhauses an. In seiner Antwort äusserte sich Gemeindepräsident Niklaus Gfeller am 5. Dezember 2011 dahin, dass das Anliegen auf „grosse Akzeptanz“ stösst und die Erbengemeinschaft in Betracht zieht, ein Gesuch zur Unterschutzstellung des Hauses einzureichen. Doch ebenfalls am 5. Dezember reichte die Erbengemeinschaft ein auf de 2. Dez. datiertes Abbruchgesuch ein.

In diesem Sinne wäre es in der Hand des Gemeinderates gelegen, innert drei Monaten nach dem Einreichen des Abbruchbegehrens gemäss Art. 62 des kantonalen Baugesetzes das ganze Ensemble des Hinderhus mit einer Planungszone zu belegen und so den Abbruch zu verhindern. Doch der Gemeinderat nahm seine Verantwortung nicht wahr, und liess die Bauverwaltung in eigener Autonomie handeln. Er liess sich auch nicht ins Bild setzen, dass gegen den Abbruch elf Einsprachen erhoben wurden. Vielmehr überliess er es der Bauverwaltung, die Einsprachen einfach abzuweisen. Der Gemeinderat soll umgehend die Führungsverantwortung wahrnehmen und sich für das Ortsbild Rüfenacht einsetzen. Dies umso mehr als durch die Brandzerstörung des Restaurants Sonne und des dazugehörigen Bauernbetriebs eines der letzten ursprünglichen Ortsbilder Rüfenacht bereits zerstört worden ist.“

## Motion der SP-Fraktion betreffend Zukunft Rüfenacht

Sitzung	Datum	Traktandum	Beschlussesnummer	Geschäftsnummer	Archivnummer
Nr. 335	19.03.2012	16	2009/12-353	478	31/0/1

„Der Gemeinderat wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit der Grundeigentümerin

- Varianten zu prüfen, wie das Areal „Sonne Rüfenacht“ in Zukunft genutzt werden soll
- Eine Städtebauliche Analyse über das prägende Gebiet erarbeiten zu lassen
- Sicherstellen, dass die künftige Überbauung städtebaulich und architektonisch den hohen Anforderungen genügt

Begründung:

Beim Grossbrand vom 6. Februar 2012 in Rüfenacht wurde bekanntlich das Restaurant Sonne und der zugehörige Bauernbetrieb vollständig zerstört. Rüfenacht hat dadurch sein Wahrzeichen und einen der wenigen gesellschaftlichen und kulturellen Treffpunkte verloren. Der Verlust bietet aber auch Chancen. Nebst allen Vorzügen hat Rüfenacht auch beträchtliche Defizite die längstens bekannt sind. Beispielsweise fehlende Einkaufsmöglichkeiten und Treffpunkte. Die nötige Zentrumsplanung ist in weiter Ferne.

Die anstehende Überbauung in der Kernzone K11 bietet, parallel zur angestrebten Zentrumsplanung in der angrenzenden Kernzone K12, die Möglichkeit Rüfenacht nachhaltig zu prägen. Die zentrale Lage der Parzelle, in unmittelbarer Nähe der RBS-Station, der Durchgangsstrasse und der einzigen Dorf-Eingangsstrasse ist ideal. Zu gross sind die allgemeinen Interessen, als dass die Ausgestaltung dieses neuralgischen Ortes „nur“ dem freien Markt überlassen werden kann.

Die SP ist der Meinung, dass sich die Gemeinde in diesem heiklen Bereich stark engagieren muss und Vorleistungen zu erbringen sind damit diese unerwartete Chance gepackt werden kann.

Die Brandruine wurde zum Abbruch frei gegeben. Bald werden Planer beim Grundeigentümer „Schlange stehen“. Es ist zwingend nötig, dass die Gemeinde unverzüglich die Bedürfnisse der Öffentlichkeit kennt und vertritt.“

## Postulat der SP-Fraktion betreffend Mehr Wohnraum für junge Familien und ältere Menschen!

Sitzung	Datum	Traktandum	Beschlussesnummer	Geschäftsnummer	Archivnummer
Nr. 335	19.03.2012	17	2009/12-354	479	31/0/1

„Der Gemeinderat wird gebeten zu prüfen, wie der gemeinnützige Wohnungsbau zur Minderung der akuten Wohnungsnot für junge Familien und ältere Menschen in der Gemeinde Worb gefordert werden kann.

Als Folge der abgelehnten Ortsplanungsrevision und der räumlichen Entwicklung der vergangenen Jahre, in welcher das wenig verdichtete Wohneigentum priorisiert wurde, liegt die aktuelle Leerwohnungsquote in der Gemeinde Worb bei 0,15% (Kanton: 1.3%, Schweiz 0.97%)! Damit ist bereits 2011 eingetreten, wovon die Befürworter der OP06+ gewarnt haben: Besonders junge Familien und ältere Menschen ohne Vermögen finden in ihrer eigenen Wohngemeinde keinen Wohnraum mehr! Damit der Wohnungsnot nachhaltig entgegengetreten werden kann, soll der Gemeinderat sofort und insbesondere im Rahmen der nächsten Ortsplanung den gemeinnützigen Wohnungsbau fördern.

In Worb gibt es eine langjährige Tradition in gemeinnützigem Wohnungsbau: Die "Wohnungsbau-genossenschaft Worb", die Familiengenossenschaft Worb", die Alterssiedlung Worb" oder die "HAWO" sind Zeugnis davon. Jede zwanzigste Wohnung in der Schweiz gehört einer von rund 1800 Wohnbaugenossenschaften. Sie verkörpern klassische schweizerische Werte: Selbsthilfe, Solidarität, Demokratie und lokale Verwurzelung.

Auch wenn die Gemeinde wenig eigenes Bauland besitzt, hat sie mit raumplanerischen, organisatorischen und finanziellen Massnahmen vielfältige Möglichkeiten zur aktiven Beeinflussung des Wohnungsangebots.

Die Kooperation mit Wohnbaugenossenschaften hat für die Gemeinde nur Vorteile:

- Die Gemeinde muss nicht selber investieren und operativ tätig sein.
- Wohnbaugenossenschaften übernehmen gesellschaftliche Verantwortung.
- Dank ihrer lokalen Verwurzelung berücksichtigen sie häufig das ansässige Gewerbe.
- Genossenschaftliche Bauten sind städtebaulich und ökologisch oft vorbildlich.
- Genossenschaften halten ihre Bauten dauerhaft im Stand und leisten viel für die gesellschaftliche Integration.
- Die Zusammenarbeit mit einer Wohnbaugenossenschaft ist nachhaltig.“

## Postulat der SP-Fraktion betreffend Vermittlung von Freiwilligenarbeit in Worb

Sitzung	Datum	Traktandum	Beschlussesnummer	Geschäftsnummer	Archivnummer
Nr. 335	19.03.2012	18	2009/12-355	480	40/10/0

„Der Gemeinderat wird gebeten zu überprüfen, wie in unserer Gemeinde die Vermittlung von Freiwilligenarbeit gezielt gefördert werden kann.

Begründung:

In der Schweiz leistet annähernd jeder 4. Bürger/jede 4. Bürgerin nebst der Erwerbstätigkeit unbezahlte Arbeit. Auch in Worb sind es zahlreiche Menschen, die regelmässig Freiwilligenarbeit verrichten und dadurch einen Mehrwert an Menschlichkeit in unserer Gemeinde generieren.

Die Bereitschaft zu Arbeit ohne Bezahlung ist in allen Altersgruppen vorhanden. Durch die veränderte Gesellschaftsstruktur sind es vermehrt ältere Menschen, die in ihrer Lebensplanung einen Dienst an der Gesellschaft vorsehen und erbringen.

Gleichzeitig übernehmen in unserer Gemeinde immer mehr Institutionen (Vereine, Parteien, Genossenschaften, Stiftungen) Aufgaben der öffentlichen Hand, die ohne Freiwilligenarbeit nicht erfüllt werden könnten.

Schade, wenn das vorhandene Potential in unserer Gemeinde nicht genutzt wird, weil Freiwillige und suchende Institutionen sich nicht finden. Eine Vermittlungsbörse auf Gemeindeebene konnte mit wenig Aufwand dieses Problem lösen.

Beispiel eines Handbuches zur Freiwilligenarbeit:

<http://www.horw.ch/dl.php/de/20061129145503/Handbuch+Freiwilligenarbeit.pdf>

## Postulat der SP-Fraktion betreffend Samstagsmarkt

Sitzung	Datum	Traktandum	Beschlussesnummer	Geschäftsnummer	Archivnummer
Nr. 335	19.03.2012	19	2009/12-356	481	53/40

„Der Gemeinderat wird gebeten zu prüfen, wie der Samstagmarkt an Attraktivität gewinnen kann.

Begründung:

Der Markt am Samstag auf dem Bärenplatz zieht wenig Käufer und Käuferinnen aber auch Verkäuferinnen und Verkäufer an. Die meisten Leute kommen mit dem Auto in das Einkaufszentrum und gehen nicht auch noch auf den Bärenplatz, weil sie nicht wissen, dass hier ein Markt mit regionalen Produkten stattfindet.

Worb hat sich zur Aufgabe gemacht, die Wirtschaft zu fördern. Es sollte aus dem Bärenplatz ein aktiver Event-Platz gemacht werden, welcher Leute richtig zum Verweilen anzieht. Neben den Marktständen sollten manchmal noch andere Attraktivitäten angeboten werden.

Bei Wahlen und Abstimmungen stehen im Dorf überall Schilder mit dem Hinweis auf das nächste Wahl-/Abstimmungswochenende. Hinweisschilder für den Samstagmarkt könnten auch für die Verkäufer und Verkäuferinnen zu einem regeren Betrieb führen. Nur der kleine Hinweis am Anfang des Bärenplatzes genügt nicht.“

## Interpellation der EVP-Fraktion betreffend Keine Benachteiligung von Worberinnen und Worbern im Libero Tarifverbund!

Sitzung	Datum	Traktandum	Beschlussesnummer	Geschäftsnummer	Archivnummer
Nr. 335	19.03.2012	20	2009/12-357	482	31/40

„Mit dem Fahrplanwechsel 2011/12 wurde auch das Tarifsysteem geändert. Dieses benachteiligt regelmässige Worber Benutzer des Öv. Unter den Betroffenen besteht viel Ärger. Fragen:

- Ist der Gemeinderat auch der Meinung, dass das neue Tarifsysteem nicht im Sinne einer kundenfreundlichen Tarifpolitik ist?
- Gedenkt der Gemeinderat, sich für die Bevölkerung seiner Gemeinde einzusetzen und in dieser Sache bei Libero vorstellig zu werden?

Begründung:

Bis zum Fahrplanwechsel konnten Mehrfahrtenkarten für eine Anzahl Zonen im ganzen Tarifverbund genutzt werden. Neu sind sie nur noch in auf der Karte aufgedruckten Zonen gültig. Eine Mehrfahrtenkarte hat also einen kleineren Nutzungsbereich; gleichzeitig wurde sie als einzige verteuert. Darüber herrscht eine breite Unzufriedenheit unter den Nutzerinnen und Nutzern des Öv, welche nicht über ein Monats- oder Jahresabo verfügen. Wir finden die neue Regelung ausgesprochen ungerecht und das aus folgenden Gründen:

- Sie benachteiligt ausgerechnet die Nutzer des Öv, welche kein Monats- oder Jahresabo haben. Dazu gehören vor allem ältere Menschen und Personen, die den Öv nicht für die tägliche Fahrt zur Arbeit brauchen oder sich sonst kein Abo leisten können. Es werden ausgerechnet jene stärker belastet, die regelmässig den Öv nutzen, aber nicht nur täglich zu den Spitzenzeiten fahren. Dies ist auch aus tarifpolitischer Sicht fragwürdig.
- Als Vorteil wird argumentiert, dass neu die Fahrkarten während der Gültigkeitsdauer auch als Rückfahrkarten verwendbar sind. Für die Bewohner der Agglomeration mag das durchaus ein Vorteil sein. Sie haben alle 5 bis 10 Minuten eine Verbindung und ihre Fahrkarte ist 60 Minuten gültig. Die Fahrkarte Worb - Bern ist auch 60 Minuten gültig. Da liegt keine Rückfahrt drin, wenn man in Bern noch eine Verrichtung hat. Noch weniger bringt es den Leuten an den Postautolinien, die nur alle Stunden oder sogar nur alle 2 Stunden (Richigen, Ried) eine Verbindung haben. Die schlecht bedienten Gebiete werden zusätzlich benachteiligt!
- Sie benachteiligt die Bewohner der Gemeinde Worb und der anderen ländlichen Gebiete gegenüber den Bewohnern der beiden Zentrumszonen. Ein Berner kann seine 2-Zonenkarte in alle Richtungen nutzen, z. B. nach Zollikofen, Niederwangen oder Gümligen. Der Worber braucht eine, um nach Rufenacht, eine andere nach Enggistein, Richigen oder Münsingen und wieder eine andere um nach Belp zuzufahren, obwohl alle in der Distanz der 1-2 Zonenkarte liegen.
- ÖV-Benutzer, welche in verschiedene Richtungen fahren, brauchen neu also mehrere Mehrfahrtenkarten, auf denen sie nur die Zonennummern aufgedruckt haben. Kann man von ihnen verlangen, dass sie immer wissen, welche Zonen jeweils die richtigen sind. Was passiert wenn ein Passagier zwar eine Karte mit dem korrekten Preis entwertet, aber eine mit den falschen Zonennummern entwertet und kontrolliert wird?

Aus all diesen Gründen sind wir der Meinung, der Gemeinderat sollte seine Möglichkeiten ausnutzen und sich für eine gleichwertige Behandlung der Worber Bevölkerung einsetzen und darauf hinwirken, dass das Tarifsysteem wieder kundenfreundlicher wird.“

## Einfache Anfrage der FDP-Fraktion betreffend Umgestaltung Anschluss Muri

Sitzung	Datum	Traktandum	Beschlussesnummer	Geschäftsnummer	Archivnummer
Nr. 335	19.03.2012	21	2009/12-358	483	31/6/0

„Das ASTRA plant in Muri beim Abzweiger von der A6 in die T10 von Richtung Thun einen neuen Kreislauf um die Querung der Strasse Muri-Allmendingen neu zu regeln. Als Ersatzmassnahme soll dazu die Tannackerstrasse (Media-Markt Muri - Haco Gümligen) für den Durchgangsverkehr gesperrt werden. Dadurch würde sämtlicher Zubringerverkehr von der N6 aus Richtung Gümligen über die T10 gelenkt um im Kreislauf Scheyenholz Richtung Siloah/Gümligen abzubiegen (gilt für den Schwerverkehr schon heute). Die Tannackerstrasse ist heute schon stark befahren. Dieser Mehrverkehr würde die Verkehrssituation nach Rüfenacht/Worb bei Stosszeiten zusätzlich erschweren und beträchtliche Mehrkilometer für die Zubringer nach Gümligen mit sich bringen. Da es ein Abzweiger von einer Nationalstrasse betrifft, ist das Geschäft neu im Zuständigkeitsbereich des ASTRA, welches Planungen ohne Rücksprachen mit den Gemeinden initiiert. Als Bauzeit gibt das ASTRA den Zeitraum 2013-2017 an, also ist das Projekt schon weit fortgeschritten.

Die Information wurde uns via Worber Gwärb übermittelt, in Muri formiert sich Widerstand aus Politik und Gewerbe.

Der Gemeinderat wird gebeten, zu folgenden Fragen Stellung zu nehmen:

1. Hat sich der Gemeinderat zum vorliegenden Projekt verlauten lassen?
2. Ist der GR bereit, sich sofort über den Projektstand und die Mitwirkungsmöglichkeiten zu erkundigen?
3. Wie beurteilt der GR die Folgen des zu erwartenden Mehrverkehrs auf dem Teilstück T10 für Worb?
4. Ist der GR bereit, zusammen mit Muri gegen die Schliessung der Tannackerstrasse vorzugehen?“

## Postulat der SVP-Fraktion betreffend kundenfreundliche Öffnungszeiten der Gemeindeverwaltung

Sitzung	Datum	Traktandum	Beschlussesnummer	Geschäftsnummer	Archivnummer
Nr. 335	19.03.2012	22	2009/12-359	484	13/10

„Der Gemeinderat wird beauftragt zu prüfen, wie er die Öffnungszeiten der Gemeindeverwaltung kundenfreundlicher gestalten kann.

Begründung:

1. In der Altjahreswoche war die Gemeindeverwaltung (ausser für Picketdienste und Todesfälle) vom 23.12.2011 bis 02.01.2012 geschlossen. Bürger und Bürgerinnen, die Zeit hatten, mal ihre Pendenzen auf der Gemeindeverwaltung zu erledigen, standen vor verschlossenen Türen!
2. Die normalen, heute gültigen Öffnungszeiten sind wie folgt: Montag bis Freitag von 08.30 bis 11.30 Uhr und 14.00 bis 17.00 Uhr, am Mittwoch bis 18.00 Uhr. Telefonisch ist die Verwaltung, oder Teile davon, bereits ab 08.00 Uhr erreichbar. Wir finden diese Zeiten nicht sehr kundenfreundlich, da die arbeitende Bevölkerung bei diesen Öffnungszeiten kaum eine Chance hat, die



Verwaltung zu besuchen. Insbesondere wäre zu prüfen ob am Morgen die Schalter nicht bereits um 07.30 Uhr geöffnet werden können. Ebenso ist unserer Meinung Prüfungswert, ob die Mittagszeit 2,5 Std. betragen muss. Eine Verkürzung der Mittagszeit auf z.B. 12.30 bis 13.30 Uhr würde vielen Bürgerinnen und Bürger entgegenkommen, da die meisten Verwaltungsangestellten eh in dieser Zeit ihre Mittagspause geniessen.

3. Die SVP erachtet die Gemeindeverwaltung als Dienstleistungszentrum für die Bürgerinnen und Bürger und daher sollte sich diese vermehrt an die Bedürfnisse dieser orientieren. Mit einer vorausschauenden Organisationsplanung können die Öffnungszeiten sicherlich optimiert werden und für alle eine WIN WIN Situation geschaffen werden.“

Sitzungsende 22:00 Uhr

Für die Richtigkeit des Protokolls:

Heinz Stauffer  
Präsident

Monika Gfeller  
Protokollführerin

Genehmigung Genehmigt in der Sitzung vom 14. Mai 2012.

Thomas Wälti  
Sekretär